

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249
April 2020

COVID-19

Schnell überfordertes
Gesundheitswesen
im Iran

RECHTSPOPULISMUS

Geberinstitutionen und
Rechtsstaatlichkeit in
Partnerländern

DIGITALISIERUNG

Wofür Teenager in
Entwicklungsländern
Smartphones nutzen

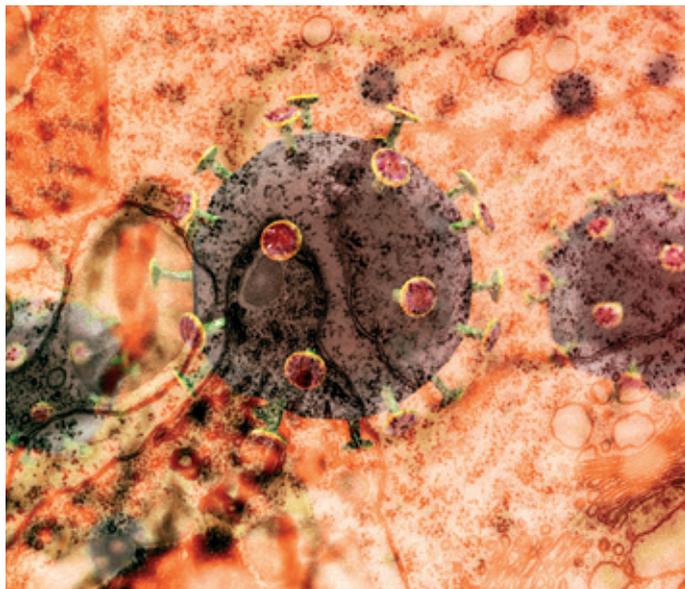


Demografische Trends

Zweifache Coronakrise erfordert globale Kooperation

Covid-19 stellt die Politik vor eine doppelte Aufgabe: menschliche Gesundheit schützen und Märkte stabilisieren. Ohne internationale Zusammenarbeit geht das nicht. Einzelstaaten können weder das neue Coronavirus auf Dauer eindämmen, noch ihre Volkswirtschaft ausreichend stimulieren.

Die Pandemie lehrt uns eine ungewohnte Lektion: Wir können uns nur selbst schützen, wenn wir gleichzeitig andere schützen. Wir halten Abstand, um uns nicht zu infizieren, und das schirmt andere ab, falls wir selbst unwissentlich schon angesteckt sind. Unser Gemeinwohl hängt davon ab, dass wir die Ausbreitung der Krankheit verlangsamen, die Überforderung des Gesundheitswesens auf ein Minimum reduzieren und das Virus irgendwann in den Griff bekommen.



Stilisiertes Bild des neuartigen Coronavirus.

Das gilt weltweit. Erfolg in unserem eigenen Land allein reicht nicht. Wenn die Pandemie anderswo nämlich schnell weiter eskaliert, kommt sie aller Wahrscheinlichkeit nach früher oder später wieder zu uns zurück. Grenzen lassen sich weder permanent schließen noch völlig dicht machen. Illegale Übertritte wird es immer geben. Je schlimmer eine Krise sich zuspitzt, desto mehr Menschen verlassen ihr Land. Wie zuvor bei Sars und HIV/Aids stehen wir vor einem globalen Problem.

Also muss sich die internationale Staatengemeinschaft wichtige Ressourcen einigermaßen fair teilen. Jedes Land muss Patienten diagnostizieren und behandeln können. Versuche, medizinische Produkte für die eigene Heimat zu monopolisieren, werden nur zu Engpässen führen. Fast alle Länder müssen relevante Güter importieren – und manche sogar alle.

Italien ist in Europa am stärksten betroffen. Es leidet bereits unter gravierenden Engpässen, obwohl sein Gesundheitswesen im

Weltmaßstab ausgesprochen gut ist. Voraussichtlich werden alle Länder Engpässe erleben. Wenn die reiche Welt zulässt, dass die Pandemie in ärmeren Ländern verheerend eskaliert, kann sich das grausam rächen.

Die Produktion von Pharmazeutika, Schutzkleidung und medizinischem Gerät muss also so stark wie möglich ausgebaut werden, um überall wenigstens die Mindestversorgung sicherzustellen. Krankenhäuser müssen neu gebaut oder provisorisch eingerichtet werden. Die Forschung an Impf- und Heilpräparaten muss beschleunigt und international koordiniert werden.

Nicht nur wegen medizinisch relevanten Gütern bleibt der Welthandel wichtig. Die Finanzmärkte sind im März abgestürzt. Investoren rechnen mit dem Schlimmsten, denn die Aussetzung des öffentlichen Lebens bremst die Wirtschaft ab. Darunter leiden die Umsätze fast aller Privatunternehmen. Vor Redaktionsschluss meldeten sich in den USA deutlich mehr Menschen arbeitslos als in der Vergleichszeit nach der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers, mit der vor zwölf Jahren die Weltfinanzkrise losging.

Auch die Finanzwirtschaft steckt bereits in einer schweren Krise, denn offensichtlich werden viele Firmen Zahlungspflichten nicht mehr erfüllen können. Eine gefährliche Abwärtsspirale, in der Finanz- und Realwirtschaft sich gegenseitig immer weiter beeinträchtigen, wird schwer zu verhindern sein. Bekommen jedoch die Marktkräfte freien Lauf, ist eine schwere weltweite Wirtschaftsdepression vorprogrammiert.

Sich selbst regulierende Märkte können dramatisch versagen. Vor zwölf Jahren war unverantwortliche Kreditvergabe großer Banken der Grund. Diesmal ist es eine Pandemie. Die Finanz-, Geld- und Wirtschaftspolitik ist also auf vielfache Weise gefordert. Zentralbanken und Regierungen reicher Länder haben auch schnell reagiert – ihr Handeln aber noch kaum international abgestimmt. Heute hängen alle Nationen vom Weltmarkt ab. Länder mit niedrigen und niedrigen mittleren Einkommen sind bislang von Covid-19 relativ wenig betroffen, aber das dürfte sich ändern. Dann werden auch sie Geld brauchen, um gegenzusteuern. Sie haben aber weniger Möglichkeiten, als reiche Länder, und das gilt besonders für die, die hoch verschuldet sind.

2008 wurden die G20 statt der G7 zum wichtigsten Forum für internationale Abstimmung. Heute ist derartige Koordination noch wichtiger, weil die Probleme größer und komplexer sind. Damit geringstentwickelte Länder nicht übersehen werden, gilt es, diesmal stärker auf UN-Organisationen zu hören. Leider wird globale Koordination diesmal aber schwerer fallen, denn Rechtspopulisten regieren inzwischen mehrere Länder. Ihre „Mein Land zuerst“-Haltung ist in der aktuell beginnenden Doppelkrise besonders destruktiv. Rettung gibt es nur gemeinsam.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von **E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.**

euz.editor@dandc.eu

SCHWERPUNKT

Demografische Trends

Globale Herausforderung Afrika

Afrika hat die jüngste Bevölkerung der Welt. Für sie gibt es bei weitem nicht genügend Arbeitsmöglichkeiten. Das stellt nicht nur den Kontinent selbst vor große Herausforderungen, sondern wirkt sich weltweit aus, schreibt Samir Abi von der togolesischen Entwicklungsorganisation Visions Solidaires. Viel hängt von kluger Politik afrikanischer Regierungen ab. Es gibt Fortschrittschancen, aber keine Blaupause für Erfolg. Zudem gilt es, globale Megatrends zu beachten, wie Hans Dembowski von E+Z/D+C erläutert. Florian Jürgens von der NGO HelpAge weist darauf hin, dass auch die Zahl der älteren Menschen in Afrika künftig so schnell wachsen wird wie nirgendwo sonst. Deshalb ist die Einführung von steuerfinanzierten Grundrenten wichtig. **SEITEN 19, 21, 23**

Noch mehr und immer älter

Die Weltbevölkerung wächst zwar langsamer als in der Vergangenheit, doch noch immer kommen jährlich rund 80 Millionen Menschen hinzu. Die demografische Entwicklung stellt alle Weltregionen vor Herausforderungen. Am größten sind sie in Subsahara-Afrika. Alisa Kaps vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung stellt die Situation dar. **SEITE 25**

Sexuelle Aufklärung ist nötig

In vielen Entwicklungsländern werden junge Menschen nicht systematisch über Sexualität und reproduktive Gesundheit aufgeklärt. Die Tabuisierung schafft Probleme, unter anderem in Pakistan, wie Mahwish Gul, pakistanische Beraterin für Entwicklungsfragen, berichtet. **SEITE 28**

Indien wird grau

Indiens Bevölkerung wächst zwar weiterhin, aber ab Mitte des Jahrhunderts wird es mehr Menschen über 60 Jahre und Kinder unter 15 Jahren geben als solche im erwerbsfähigen Alter. Regierung und Zivilgesellschaft sollten jetzt über bessere soziale Angebote für die ältere Bevölkerung nachdenken, fordern die Wissenschaftler S. S. Sripriya und S. Siva Raju vom Tata Institute of Social Sciences in Mumbai. **SEITE 30**

Folgen der Ein-Kind-Politik

China wird alt, bevor es reich geworden ist. Schuld daran ist nicht zuletzt die Ein-Kind-Politik. Die Altersvorsorge kommt für Millionen Menschen zu spät, schreibt der Journalist Felix Lee. **SEITE 32**

Monitor

Interview: Was Glaube für die Resilienz von Kindern bedeutet | Internationales Problem Binnenflucht | Fürsorgearbeit macht Frauen arm | Nowadays: Quälender öffentlicher Nahverkehr in Rio de Janeiro | Impressum

5

Debatte

Kommentare zu folgenden Themen: Irans Gesundheitssystem ist mit den Folgen von Covid-19 völlig überfordert | Geber sollten sich in Indien stärker in Governance-Fragen engagieren | Die EU missachtet an der griechischen Grenze Menschenrechte von Flüchtlingen

11

Tribüne

HANS DEMBOWSKI

Buchrezension I: Jugendliche in Entwicklungsländern nutzen Digitaltechnik nicht viel anders als in reichen Ländern – das birgt viele Risiken

15

HANS DEMBOWSKI

Buchrezension II: Warum die liberale Demokratie verteidigungswert ist, erklärt Princeton-Professor Jan-Werner Müller

16

Schwerpunkt: Demografische Trends

SAMIR ABI

Afrika braucht 450 Millionen neue Jobs, um von der demografischen Dividende profitieren zu können

19

HANS DEMBOWSKI

Afrikas Regierungen stehen vor großen Herausforderungen: Sie müssen vor allem für die Jugend Millionen gute Arbeitsplätze in der Stadt und auf dem Land schaffen

21

FLORIAN JÜRGENS

Afrikas Regierungen müssen jetzt handeln und Maßnahmen für die Unterstützung und soziale Absicherung der alternden Bevölkerung ergreifen

23

ALISA KAPS

Alternde sowie wachsende, junge Gesellschaften haben ihre jeweils eigenen Herausforderungen zu meistern

25

MAHWISH GUL

In vielen Entwicklungsländern werden junge Menschen nicht systematisch über Sexualität und reproduktive Gesundheit aufgeklärt

28

S. S. SRIPRIYA UND S. SIVA RAJU

Die rasche Alterung der indischen Bevölkerung wirft die Frage auf, wer die Alten im Land künftig unterstützen wird

30

FELIX LEE

Chinas Ein-Kind-Politik hat katastrophale Folgen für Millionen alte Menschen, die keine adäquate Altersvorsorge haben

32

Rechtzeitig handeln

Voraussichtlich wird die Weltbevölkerung um 2100 herum mit knapp 11 Milliarden Menschen den Scheitelpunkt erreichen. Selbst kaum kalkulierbare Großkatastrophen wie Kriege und Seuchen dürften daran nicht viel ändern. Covid-19 ist bedrohlich, aber selbst 60 bis 80 Millionen Tote – wie im 2. Weltkrieg – wären gemessen an der Gesamtzahl noch relativ wenig. In dieser Größenordnung wuchs die Weltbevölkerung zuletzt jedes Jahr.

Gesellschaften und ihre Normen verändern sich. Was Familiengrößen angeht, geht der Trend weltweit stabil in dieselbe Richtung. Nationen altern, weil die Lebenserwartung steigt und Frauen weniger Kinder bekommen. Relativ zuverlässige Prognosen aufstellen kann, wer weiß,

- wie viele Frauen es gibt,
- welchen Alterskohorten sie angehören,
- wie viele Kinder sie im Schnitt haben, und
- in welchem Alter sie gewöhnlich ihre Babys bekommen.

Es ist gut, dass die Weltbevölkerung langsamer wächst als früher. Andernfalls bliebe ökologische Nachhaltigkeit sicherlich unerreichbar. Niedrige Geburtenraten sind zudem eine positive Folge davon, dass Mädchen bessere Bildung bekommen und Frauen mehr Wahlmöglichkeiten haben.

In vielen Ländern nimmt inzwischen der Anteil der Alten rasch zu. Traditionelle Großfamilien, die sich um sie kümmern, gibt es aber kaum noch. Soziale Sicherungssysteme sind deshalb nötig – und zwar auch in Schwellenländern und besonders in China. Es geht nicht nur um Geld, denn Alten- und Pflegeheime, Krankenhäuser und sonstige soziale Dienste brauchen Personal.

Im Gesundheitswesen wohlhabender, aber rasch alternder Gesellschaften arbeiten heute viele qualifizierte Migranten aus ärmeren und demografisch jüngerem Ländern. Irgendwann werden auch dort die negativen Seiten des demografischen Wandels zu spüren sein. Was dann? Moderne Technik und Roboter mögen helfen, aber Menschen brauchen auch den Austausch mit Menschen. Ein großer – und vermutlich wachsender – Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung wird in sozialen Berufen tätig sein müssen.

Wird das alles dem Marktwettbewerb überlassen, kann nur eine wohlhabende Minderheit ein würdiges Alter erleben. Damit niemand durchs Netz fällt, muss staatliche Politik Mindestrenten für alle und eine solide soziale Infrastruktur sicherstellen. Nötig sind politischer Wille, kluge Konzepte und kompetente Umsetzung.

Es hilft dabei, wenn es einem Land gelingt, das Zeitfenster besonderer Chancen in frühen Phasen des demografischen Wandels zu nutzen. Asiatische Schwellenländer haben von der „demografischen Dividende“ profitiert. Ihre Industrialisierung setzte ein, als große Kohorten junger Menschen, die weder kleine Kinder noch gebrechliche Großeltern betreuen mussten, auf den Arbeitsmarkt drängten. Größere Prosperität ist die Basis für eine bessere soziale Sicherung, die noch geschaffen werden muss. Wichtig ist jedenfalls, dass auch Länder mit niedrigem und niedrigem mittlerem Einkommen auf ähnliche Weise von einer demografischen Dividende profitieren.

Internationale Zusammenarbeit kann dazu beitragen. Sie wird natürlich auch gebraucht, um Covid-19 einzudämmen und den Treibhauseffekt zu begrenzen. Globale Entwicklung kann und muss so gestaltet werden, dass 11 Milliarden Menschen gut auf dieser Erde leben können.

HANS DEMBOWSKI

► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.

Debatte



Völlig überfordert von Covid-19

Der Iran war nach China eins der ersten Länder, das schwer vom Coronavirus (Covid-19) getroffen wurde. Die offiziellen Zahlen sind erschreckend, aber die tatsächliche Situation ist sicher noch schlimmer. Menschen vertrauen der Regierung nicht – daher ist es schwierig, die Situation unter Kontrolle zu bringen, erklärt die Journalistin Shora Azarnoush von der Deutschen Welle.

SEITE 11

Barbarei statt Humanität

An der EU-Grenze in Griechenland spielt sich eine humanitäre Krise ab: Tausende Kriegsflüchtlinge aus Syrien suchen einen Weg in die EU. Griechenland riegelt jedoch die Grenze ab und hält die schutzlosen Menschen mit Gewalt von der Einreise ab. Dieses Verhalten zeigt, dass die EU Menschenrechte nicht so ernst nimmt, wie sie das anderen predigt. Sabine Balk von E+Z/D+C kommentiert die Situation.

SEITE 13

Tribüne



Furcht und Freiheit

Liberaler Demokratie kann Grausamkeit verhindern und ist es deshalb wert, verteidigt zu werden, betont Princeton-Professor Jan-Werner Müller. Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit setzen der Brutalität nämlich Grenzen. Hans Dembowski von E+Z/D+C rezensiert das neue Buch von Müller.

SEITE 16

STUDIE

Linderung im Gespräch mit Gott

Religion und Glaube können Geflüchteten helfen, traumatisierende Erlebnisse besser zu verarbeiten. Dass dies auch für Kinder gilt, belegt World Vision in einer aktuellen Studie. Eine der beiden Autorinnen, Caterina Rohde-Abuba, erläutert im E+Z/D+C-Interview die Ergebnisse.

Caterina Rohde-Abuba im Interview mit Mira Enders

Wieso hat World Vision die Studie durchgeführt?

Es ist mehrfach nachgewiesen worden, dass der Glaube Erwachsenen hilft, schwierige Lebenssituationen zu bewältigen. Für Kinder steht die Forschung dazu noch am Anfang. Wir wollten dazu einen Beitrag leisten und haben Kinder und deren Familien interviewt, die sich selbst als glaubend bezeichnen und über ihren Glauben sprechen wollten.

Was macht Religion zu einem relevanten Thema?

Religion ist ein relevantes Thema, weil sie für viele Menschen, die aktuell als Geflüchtete nach Deutschland kommen, eine große Bedeutung hat. Oft ist Religion Bestandteil des Lebensalltags und der Identität dieser Menschen. Unterstützungsangebote und Strukturen, mit denen man geflüchtete Menschen erreichen möchte, dürfen nicht im Widerspruch mit ihrer Religiosität stehen oder Menschen gar aufgrund ihrer Religion diskriminieren. Darüber hinaus zeigt unsere Studie das gesellschaftliche Potenzial von Religionen: Viele der von uns interviewten Kinder orientieren sich an religiösen Werten, um mit ihren Mitmenschen, egal welcher Herkunft und Religionszugehörigkeit, tolerant und friedlich umzugehen.

Was sind die wichtigsten Ergebnisse der Studie?

Es ist aufgefallen, dass die Gottesvorstellungen und auch religiösen Werte der verschiedenen Religionen sehr ähnlich sind. Hört man die Kinder von ihrer Beziehung zu Gott und religiösen Werten, die ihnen wichtig sind, erzählen, könnte man gar nicht sagen,

welcher Religion das Kind angehört. Ein weiteres, wichtiges Ergebnis ist, dass Kinder, anders als viele Erwachsene, jeden Tag

Boot über das Mittelmeer gekommen sind, erzählen, dass sie in dieser Situation gebetet haben. Oft geht es bei ihren Gebeten aber auch um Familienangehörige, die noch im Herkunftsland sind. Sogar jüngere Kinder, etwa im Alter von acht oder zehn Jahren, erzählen, dass sie sich nach dem freien Gebet erleichtert, gestärkt und hoffnungsvoll fühlen, was auf die besondere Bedeutung des Gebetes für ihre Resilienz verweist.



Der Glaube gibt Halt: Zwei syrische Mädchen in einem libanesischen Lager für Flüchtlinge aus der Idlib-Region.

in der Schule Diversität von Religionen erleben. Sie haben damit meist kein Problem und hinterfragen das nicht.

Was haben Sie herausgefunden, wie Kinder mithilfe von Religion ihre Kriegs- und Fluchterlebnisse besser verarbeiten können?

Für viele Kinder – unabhängig von der Religion – sind das freie Gebet, Gespräch oder auch die Gedanken an Gott eine wichtige Möglichkeit, mit belastenden Situationen umzugehen. Es hilft ihnen, ihre Sorgen auszudrücken und sich Mut und Hoffnung zu machen, indem sie Gott um Hilfe oder Beistand bitten. Viele Kinder, die mit dem

Welche Ergebnisse haben Sie besonders überrascht?

Besonders überrascht hat mich die Offenheit der Eltern gegenüber interreligiösem Unterricht. Die Eltern wünschen sich, dass interreligiöser Unterricht stattfindet, damit Vorurteile gegenüber anderen Religionen abgebaut werden können und Kinder lernen, friedlich und respektvoll miteinander umzugehen. Außerdem hat mich überrascht, wie entspannt die religiöse Erziehung der Eltern ist. Religion ist präsent und stark in den Alltag eingebunden, in Form von Gebeten zum Beispiel. Die Eltern laden ihre Kinder immer wieder ein, an Gebeten

oder Ritualen teilzuhaben, setzen sie aber nicht unter Druck. Die Eltern unterstützen die Kinder dabei, selbst zu entscheiden, wann und wie sie beten. Außerdem hat mich beeindruckt, dass bereits die achtjährigen Kinder, die wir interviewt haben, ein freies Gebet formulieren können. In Deutschland gelten Kinder erst ab vierzehn Jahren religionsmündig. Die Interviews haben gezeigt, dass Glauben auch schon von jüngeren Kindern verstanden und eingesetzt wird.

Welche Methoden haben Sie eingesetzt, um die Kinder zu interviewen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen?

Gestalterische Methoden können helfen, über abstrakte Themen zu sprechen. So haben wir zum Beispiel die Kinder im Interview gebeten, ihre Beziehung zu Gott mit bunten Fäden darzustellen. Bei der Auswahl der Methoden haben wir darauf geachtet, dass sie interreligiös verwendbar sind. Auch wenn es im christlichen Kontext üblich ist, Bilder von Gott zu malen, ist das für Mus-

liminnen und Muslime aufgrund des Bilderverbots nicht möglich. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass Erwachsene ohne Probleme verbalisieren können, was ihren Glauben ausmacht. Gestalterische Methoden können also sowohl bei Kindern als auch bei Erwachsenen eingesetzt werden. Um keine Traumata anzustoßen, wurde den Kindern mit einer Geschichte die Möglichkeit gegeben, über ihre Flucht zu sprechen. In der Geschichte gerät eine alte Frau namens Varenka in Not und betet zu Gott. Die Kinder wurden dann gefragt, ob sie schon mal in einer Situation waren, wo sie zu Gott gebetet haben. Die allermeisten haben dann von ihren Fluchterlebnissen erzählt.

Wie kann die Studie in der entwicklungspolitischen Arbeit weiterhelfen?

Die Studie liefert uns Ansätze, wie man Menschen und speziell Kindern mit Traumata helfen kann. Besonders die Ausbildung von Laien ist dabei wichtig, damit traumatisierte Kinder schon aufgefangen werden können,

bevor professionelle Hilfe da ist. Außerdem haben wir bei den vielen internationalen Projekten, die World Vision betreut, bemerkt, dass es wichtig ist, religiöse Akteure in die Bildungsprojekte einzubinden, weil über sie häufig Wertevorstellungen vermittelt werden. Wir müssen erkennen, welche Bedeutung Glaube in unserer Gesellschaft hat und welches Potenzial er birgt.



CATERINA ROHDE-ABUBA
ist Forschungsleiterin bei
World Vision Deutschland
und Mitautorin der Studie.

caterina.rohde-abuba@wveu.org

LINKS

World Vision, 2020: Flucht, Religion, Resilienz. Glaube als Ressource zur Bewältigung von Flucht- und Integrationsherausforderungen. https://www.worldvision.de/sites/worldvision.de/files/pdf/World_Vision_Studie_Resilienz_Feb_2020.pdf

GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

www.dandc.eu/de/ez-abonnement

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website (www.dandc.eu) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.



BINNENVERTRIEBENE

Mehr internationales Engagement gefordert

Laut dem UN-Flüchtlingswerk UNHCR sind von den weltweit mehr als 70 Millionen Flüchtlingen knapp 60 Prozent sogenannte Binnenvertriebene – also Menschen, die im eigenen Land auf der Flucht sind. Die internationale Politik nimmt diese Menschen und ihre Probleme aber kaum wahr. Eine neue Studie plädiert dafür, das zu ändern und wieder einen UN-Sonderbeauftragten für das Thema zu ernennen.

Von Sabine Balk

Binnenvertreibung hat vielfältige Ursachen, wie Kriege und gewaltsame Konflikte, Naturkatastrophen, aber auch schleichende Umweltveränderungen oder die Umsetzung großer Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte. Die meisten Betroffenen gibt es laut dem International Displacement Monitor Centre (IDMC) in Syrien, Kolumbien und in der Demokratischen Republik Kongo.

Binnenvertriebene sind häufig ähnlich schutzlos wie grenzüberschreitende Flüchtlinge, haben aber keinen Anspruch auf internationalen Schutz, erklärt Anne Koch, die die Studie im Auftrag der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) verfasst hat. Da das Phänomen fast nur in ärmeren Welt-

gegenden auftritt, erreicht es kaum die Aufmerksamkeit der wohlhabenden Staaten.

Zudem leugnen laut Koch viele Staaten die Existenz oder das Ausmaß von Binnenvertreibung, da dies auf eigene politische Versäumnisse und Defizite hindeute. Darüber hinaus gebe es nur wenige und unvollständige Daten zu dem Problem, da die Betroffenen als Bürger des Staates in rechtlicher Hinsicht nicht vom Rest der Bevölkerung zu unterscheiden seien. „Sie bleiben häufig statistisch unsichtbar.“

Obwohl Binnenvertriebene ihren Mitbürgern rechtlich gleichgestellt seien, kämen sie in der Praxis häufig nicht zu ihrem Recht. Vertriebene verfügten oft nicht über die nötigen Dokumente, um ihre Kinder an der Schule anzumelden oder um selbst wählen zu dürfen. Häufig hätten Vertriebene keine guten Einkommensmöglichkeiten und seien traumatisiert.

Das sei alles politischer Sprengstoff, warnt die Autorin: Wenn einer großen Bevölkerungsgruppe über Jahre die Ausübung von Grund- und Bürgerrechten verwehrt werde, entstünden hohe gesellschaftspolitische Kosten und politische Risiken. Entwicklungserfolge einzelner Länder könnten dadurch zunichte gemacht werden.

Viele betroffene Länder fänden keine adäquaten Lösungen für das Problem der Binnenvertreibung, erklärt Koch. Dies wollten die Staaten aber nicht gern zugeben. Entsprechend sensibel sei das Thema häufig für die Regierungen. Sie werteten internationale Unterstützungsangebote deshalb oft als unzulässige Eingriffe in ihre inneren Angelegenheiten.

Dies sollte Geberstaaten aber nicht abschrecken, meint die SWP-Wissenschaftlerin. Das Thema Binnenvertreibung gehöre auf die entwicklungspolitische Agenda. Akteure könnten sich ihrer Empfehlung nach in folgender Weise einsetzen:

- Sie sollten durch Maßnahmen wie Armutsbekämpfung, Demokratieförderung oder Klimaanpassungsmaßnahmen die Gründe für Binnenvertreibung reduzieren und so verhindern, dass es überhaupt dazu kommt.
- Sie sollten lokale Verwaltungen stärken, damit die zuständigen Behörden mehr Kapazitäten für den Ausbau von Infrastruktur und Basisdienstleistungen für Binnenvertriebene bekommen.
- Sie sollten sich dafür einsetzen, dass die Belange von Binnenvertriebenen systematisch in den nationalen Entwicklungsplänen berücksichtigt werden.

Die Autorin stellt fest, dass sich die rechtliche Stellung von Binnenvertriebenen in den vergangenen 20 Jahren international verbessert habe, die Umsetzung aber nach wie vor unzureichend sei. Es fehle ein zentraler internationaler Akteur, der sich für Binnenflüchtlinge stark macht. Die deutsche Regierung, so die Wissenschaftlerin, sollte dem Thema mehr Aufmerksamkeit schenken und sich für dauerhafte Lösungen einsetzen. Deutschland sollte sich im internationalen Prozess dafür stark machen, das Amt der UN-Sonderberichterstatterin für die Menschenrechte von Binnenvertriebenen finanziell und personell besser auszustatten. Politisch wirkungsvoller wäre es jedoch, erneut einen Sonderbeauftragten für Binnenvertriebene zu ernennen, der direkt dem UN-Generalsekretär unterstellt ist.

QUELLE

Koch, A., 2020: Auf der Flucht im eigenen Land. SWP-Studie.

https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2020S04_binnenvertreibung.pdf



Kinder im Al-Karama-Lager für Binnenvertriebene im Norden Syriens.

SOZIALE UNGLEICHHEIT

Fürsorgearbeit macht Frauen arm

Vermögens- und Einkommensunterschiede sowie die ungerechte Verteilung von Pflege- und Fürsorgearbeit führen zu sozialer Ungleichheit. Diese wiederum steht der Überwindung von Armut im Weg und behindert sowohl die Entwicklung von Einzelnen als auch von ganzen Gesellschaften.

Von Dagmar Wolf

Laut einer kürzlich erschienenen Studie der internationalen Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam besitzt die ärmere Hälfte der Menschheit weniger als ein Prozent des globalen Vermögens. An der Spitze der Vermögensverteilung stünden hingegen 2153 Personen – überwiegend Männer –, denen mehr Vermögen gehöre als den unteren 60 Prozent der Weltbevölkerung zusammen. Dieses eklatante Missverhältnis sei auf ein ausbeuterisches Wirtschaftssystem zurückzuführen, in dem viele Menschen unentgeltlich schufteten, während ein paar wenige die Gewinne abschöpften.

Die Autoren zeigen auf, wie die ungleiche Verteilung von Pflege- und Fürsorgearbeit Ungleichheit schafft und weiter vertieft. Vor allem Frauen und Mädchen seien

wirtschaftlich benachteiligt: Sie seien im Schnitt schlechter ausgebildet als Männer, verdienen weniger und lebten häufiger in Armut. Weltweit könnten 42 Prozent aller Frauen im erwerbsfähigen Alter wegen Fürsorge- und Pflegeaufgaben keiner Erwerbsarbeit nachgehen.

Sie kochen, putzen, waschen, kaufen ein, erziehen Kinder und versorgen Kranke und Alte. In den ländlichen Gegenden des globalen Südens kommen häufig noch sehr zeitaufwendige Tätigkeiten wie das Sammeln von Brennholz und Wasserholen von weit entfernten Stellen dazu. Frauen und Mädchen leisten der Studie zufolge mehr als 12 Milliarden Stunden täglich an unbezahlter Arbeit in Familien, Haushalten und Gemeinschaften. Würde diese Arbeit entlohnt, entspräche dies einem ökonomischen Wert von jährlich knapp 11 Billionen Dollar – etwa dem Dreifachen des weltweiten Umsatzes im IT-Sektor.

Auch die Klimakrise, zu der die auf Wachstum ausgelegte Wirtschaft beitrage, verschärfe die soziale Ungleichheit. Oxfam schätzt, dass 2025 2,4 Milliarden Menschen in Gebieten ohne ausreichend Wasser leben werden, so dass Frauen und Mädchen zum

Wasserholen immer weiter laufen müssen. Zunehmende Dürren und Überschwemmungen gefährdeten darüber hinaus die landwirtschaftliche Produktion und führten zu einer Zunahme von Krankheiten wie Malaria und Durchfall. Auch hier hätten wieder die Frauen die Hauptlast zu tragen, indem sie noch mehr Stunden in den Erhalt des Lebens und der Gesundheit ihrer Familien investieren müssten.

Um die Ziele nachhaltiger Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) zu erreichen, brauche es eine am Menschen orientierte Wirtschaft, die wertschätzt, was für die Gesellschaft wirklich wichtig ist, schreiben die Autoren. Das soll durch folgende von Oxfam aufgestellte „4R“-Prinzipien erreicht werden:

1. Reduzierung: Der Auf- und Ausbau öffentlicher Infrastruktur (sowohl der Pflege- und Fürsorgeinfrastruktur als auch der Wasser- und Stromversorgung) soll unbezahlte Pflege- und Fürsorgearbeit verringern.

2. Repräsentation: Pflegende müssen mehr Gehör und Repräsentation in Politik und Wirtschaft bekommen, Frauenrechte und -organisationen müssen gestärkt werden.

3. Umverteilung: Unbezahlte Tätigkeiten innerhalb von Haushalten müssen neu verteilt werden, unter anderem durch das Überdenken von Rollenbildern und flexiblere Arbeitszeiten.

4. Anerkennung: Der Wert von Pflege- und Fürsorgearbeit muss aus dem Schatten ins Zentrum der Wirtschaft geholt werden – sowohl durch materielle Anerkennung als auch durch soziale Sicherungssysteme.

Für die Finanzierung notwendiger Investitionen schlägt Oxfam eine höhere Besteuerung von Konzernen und Menschen mit sehr großem Vermögen vor. Würde das reichste Prozent der Weltbevölkerung über die nächsten zehn Jahre nur 0,5 Prozent mehr Steuern zahlen, könnten demnach 117 Millionen Jobs im Bildungs-, Gesundheits- und Pflegebereich sowie in anderen Bereichen geschaffen werden.

LINK

Oxfam, 2020: Im Schatten der Profite. Wie die systematische Abwertung von Hausarbeit, Pflege und Fürsorge Ungleichheit schafft und vertieft (Factsheet).

https://www.oxfam.de/system/files/2020_oxfam_ungleichheit_studie_deutsch_schatten-der-profite.pdf



Im globalen Süden ist es meist die Aufgabe von Frauen und Mädchen, Brennholz zu holen: Mädchen vor dem Berg Mulanje in Malawi.



Call for Papers



Conference 2020

Addressing Fragility and Conflict in Developing Countries

10-11 SEPTEMBER, 2020 IN BONN, GERMANY

Fragility and conflict are a significant challenge to development and constrain efforts to achieve poverty reduction and sustainable development. Conflicts have severely stunted economic growth in many low income countries and continue to be one of the leading causes of humanitarian crises.

The PEGNet Conference 2020 will provide a platform for development scholars, practitioners and policy-makers to reflect on leading research on conflict, fragility as well as other topics in development economics that are related to the poverty-inequality nexus. Papers submitted through the call for papers will be presented in the parallel sessions. For more information on the PEGNet conference, please refer to www.pegnet.ifw-kiel.de.

Deadline for abstract submissions

The submission deadline for abstracts is April 27, 2020. Notification of acceptance will be sent out in June 2020. The deadline for full paper submission is August 1, 2020.

www.pegnet.ifw-kiel.de

Media Partner: **D+C E+Z**

Eine tägliche Qual

SuperVia Trens Urbanos, das Unternehmen, das den Bahnverkehr im Großraum Rio de Janeiro betreibt, hat gute Nachrichten für seine rund 600 000 täglichen Nutzer: Die Reisebedingungen sollen besser werden.

SuperVia, dessen Bahnnetz mehr als 100 Bahnhöfe in Rio de Janeiro und den umliegenden Städten umfasst, will 120 neue Züge mit Klimaanlage anschaffen und den Takt erhöhen. Außerdem soll es neue Verbindungen geben.

Wenn alles umgesetzt ist, werden die Verbesserungen deutlich spürbar sein: Die auf 200 Züge erweiterte Flotte bietet dann 2 Millionen Sitzplätze täglich, während es 2012 nur 1,5 Millionen waren. SuperVia verspricht den 17,2 Millionen Einwohnern der Region eine komfortable Alternative zu den verstopften Straßen und notorisch verspäteten Bussen.

Der einzige Haken an den rosigen Aussichten ist: Viele glauben nicht daran, dass sie jemals wahr werden. Regelmäßige Passagiere verweisen auf stets volle Züge, die nur Stehplätze bieten und nicht klimatisiert sind. Sie beklagen außerdem zunehmende Kriminalität wie Diebstähle und sexuelle Belästigung.

Frauenorganisationen berichten von weit verbreiteter Belästigung weiblicher Fahrgäste. Das Bahnunternehmen stellt zwar Wagen nur für Frauen zur Verfügung – allerdings nur während der Hauptverkehrszeit und ohne darauf zu achten, wer diese Wagen tatsächlich benutzt. Oft steigen Männer zu und nutzen das dichte Gedränge aus, um Frauen anzufassen.

„Wir müssen ständig auf der Hut sein“, sagt die 23-jährige Thays Rodrigues. „Als Frau mit der Bahn zu fahren bringt das ständige Risiko mit sich, belästigt und ausgeraubt zu werden. Und vielen Leuten ist das einfach egal.“

Die schlechten Bedingungen sind nicht auf den Berufsverkehr beschränkt, sondern treten zu jeder Tageszeit auf, wie Mariana Marques beobachtet hat. Sie fährt täglich rund 20 Kilometer pro Strecke mit dem Zug zur Arbeit. „Ich verlasse morgens um fünf Uhr das Haus, um um acht Uhr bei der Arbeit zu sein. Es gibt keinen einzigen Tag, an dem der Zug nicht überfüllt ist“, sagt sie. „An manchen Tagen funktioniert die Klimaanlage nicht und wir gehen bei 38 Grad Hitze fast ein. Aber am schlimmsten ist die mangelnde Sicherheit. Wenn der Zug voll ist, weißt du nicht, wer dich bestohlen hat. Und wenn der Zug leerer ist, meistens abends, gibt es viele Raubüberfälle von Banden.“

Eine Anzeige bei der Polizei bringt laut Marques nicht viel. Das ist aber genau das, was SuperVia betroffenen Fahrgästen rät. Dem Unternehmen zufolge liegt die öffentliche Sicherheit in der Verantwortung der Regierung des Bundesstaats, da es selbst keine Polizeigewalt ausüben dürfe. SuperVia könne lediglich seine Mitarbeiter anweisen, die Polizei zu rufen, wenn sie ein Verbrechen in den Bahnen mitbekommen oder es ihnen mitgeteilt wird.

Das könnte schon helfen – genauso wie das Einhalten der Versprechen, die das Bahnunternehmen gemacht hat, um die Kapazitäten zu erhöhen und so den Druck aus dem System zu nehmen. Dann wäre die tägliche Fahrt für viele seiner Kunden keine solche Qual mehr.



THUANAY RODRIGUES
ist Journalistin in Brasilien.

thuanayrodrigues@
gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
61. Jg. 2020

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch
als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu
D 12 104 ISSN 0721-2178

Dieses e-Paper wurde am 31. März 2020 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
D-53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Dr. Susanne Neubert, Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:
FAZIT Communication GmbH
Geschäftsführer: Peter Hintereder und Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum
genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,
Katja Dombrowski, Monika Hellstern, Dagmar Wolf (Assistenz)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit
und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter
Societät GmbH (60%).
Artdirector: Sebastian Schöpssdau
Layout: Jan Walter Hofmann
Übersetzung: Eleonore von Bothmer

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in
E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and
Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit
Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+Z-Redaktion zwei
Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen
Webseiten zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt
nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige
Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat
und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle
die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar. ubert, Imme
Scholz, Hugh Williams

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,
Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



CORONAVIRUS

Plötzlich überfordert

Der Iran war nach China eins der ersten Länder, das schwer vom Coronavirus (Covid-19) getroffen wurde. Schon die offiziellen Zahlen waren erschreckend, aber die tatsächliche Situation war sicher schlimmer. Menschen vertrauen den Informationen der Regierung nicht – daher war es schwierig, die Situation unter Kontrolle zu bringen.

Von Shora Azarnoush

Irans Gesundheitssystem war unvorbereitet. Das lag unter anderem an den bevorstehenden Parlamentswahlen und den Festlichkeiten zum Jahrestag der Islamischen Revolution. Eine Zeit lang vertuschte die Regierung, dass Covid-19 bereits im Land war.

Am 19. Februar gab sie offiziell bekannt, dass zwei Menschen infiziert waren. Nur wenige Stunden später wurde ihr Tod vermeldet. Das würde eine Sterblichkeitsrate von 100 Prozent bedeuten und war ein sicheres Zeichen dafür, dass viele Fälle entweder nicht diagnostiziert oder vertuscht worden waren. Der Ausbruch war offensichtlich bereits außer Kontrolle geraten.

Im Iran herrscht wenig Vertrauen. Viele Menschen glauben dem autokratischen Regime nicht und befolgen daher auch die

Empfehlungen der Gesundheitsbehörden nicht. Zudem lässt der Mangel an verlässlichen Informationen Verschwörungstheorien gedeihen.

Ein Gerücht war, dass Alkoholkonsum Covid-19 verhindere. Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Kommentars Mitte März waren mehr als drei Dutzend Menschen an einer Methanolvergiftung gestorben. Auf Schwarzmärkten wurde schwarzgebranntes Methanol verkauft – die Covid-19-Angst beflügelte die Nachfrage.

Gleichzeitig hatte Covid-19 mehr als 300 Menschen getötet und etwa 9000 infiziert, wie der Economist aus London berichtete. Eine beträchtliche Anzahl von Regierungs- und Parlamentsmitgliedern ist infiziert. Deren scheinbar hohe Infektionsrate ist wohl die Folge ungleicher Diagnosemöglichkeiten. Privilegierte Menschen haben Zugang zu den knappen Testkits, während gewöhnliche Iraner nur bei ernstesten Krankheitsanzeichen getestet werden. Patienten mit mildereren Symptomen bewegen sich vermutlich frei und infizieren unabsichtlich andere. Die Situation ist zweifellos schlimmer, als die offiziellen Statistiken abbilden.

Das neue Virus trifft Arme und Reiche. Aber nicht nur die Testkits sind knapp: Me-

dizinische Produkte im Allgemeinen sind schwer zu bekommen. Die Behandlung ist daher teuer – und für Arme oft unbezahlbar.

Trotzdem sind iranische Ärzte und Krankenpfleger überlastet. Beiträge auf Social-Media-Plattformen zeigen überfüllte Krankenhäuser, in denen Patienten auf Betten im Flur liegen. Und sie zeigen Gesundheitspersonal ohne Schutzhandschuhe und Masken. Laut offiziellen Zahlen starben in weniger als 20 Tagen nach dem Auftreten der ersten Fälle rund 20 Angehörige der Gesundheitsberufe an Covid-19. Die Situation in den Krankenhäusern wird sich noch einige Zeit verschlechtern.

Die US-Sanktionen haben die internationale Hilfe verlangsamt. Rein rechtlich lassen es die Sanktionen zu, humanitäre Produkte an den Iran zu verkaufen, aber Banken scheuen die Risiken, die der Handel mit dem Iran mit sich bringt. Zudem stoppen reiche Nationen zunehmend den Export von Waren, die sie selbst für die Covid-19-Bekämpfung brauchen.

Im Iran leben arme Menschen häufig in kleinen Häusern mit großen Familien zusammen. Ihre Viertel sind meist dicht besiedelt. Selbstquarantäne und soziale Distanzierung sind für sie kaum eine Option.

Noch ist unklar, welchen Tribut die Krankheit im Iran fordern wird. Die Bevölkerung ist relativ jung, so dass die Sterblichkeitsrate vermutlich vergleichsweise niedrig bleiben wird. Covid-19 trifft ältere Menschen am stärksten. Die Wirtschaft und die Gesellschaft im Allgemeinen sind jedoch fragil.

Der Iran gehört nicht zu den am wenigsten entwickelten Ländern. Der Gesundheitssektor gilt als recht stark, leidet jedoch unter Wirtschaftssanktionen und dem allgemeinen Mangel an Vertrauen. Unter diesen Umständen erscheint Covid-19 überwältigend. Die Vorstellung, was vor uns liegen könnte, ist beängstigend. Trotzdem dürfte sich die Krankheit in den am wenigsten entwickelten Ländern als noch verheerender erweisen, vor allem dort, wo autoritäre Herrschaft als Folge von kolonialem Despotismus das Vertrauen der Menschen in die Behörden untergraben hat.



SHORA AZARNOUSH
arbeitet für das Farsi-
Programm der Deutschen
Welle.
shora.azarnoush@dw.com



Ein eher symbolischer Akt: Desinfektion eines Basars in Teheran.

GEBER

Für Governance eintreten

In Indien werden Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung von Andersdenkenden unter Premierminister Narendra Modi zur Normalität. Die Arbeit der internationalen Nichtregierungsorganisationen (international non-governmental organisation – INGOs) wird in dem Land mit mehr als 1,3 Milliarden Menschen immer schwieriger. Staatliche und multilaterale Geber sollten ihre Haltung überdenken.

Von Richa Arora

Indien hat eine lange Geschichte des INGO-Engagements. Im Fokus ihrer Arbeit stehen meist marginalisierte Gruppen wie Frauen, Dalits, Adivasi oder Muslime. Die Regierung beobachtete INGOs schon in der Vergangenheit kritisch, Modi geht aber noch einen Schritt weiter. Seine Regierung hat deren Finanzierungskanäle im Foreign Contributions Regulation Act (FCRA) radikal eingeschränkt. Den Niederlassungen von INGOs wie Amnesty International oder Greenpeace wurden Gelder gestrichen und ihre Räume unter dem Vorwand der Strafverfolgung durchsucht.

Nach Regierungsangaben ist die ausländische Finanzierung von NGOs zwischen 2014, als Modi Ministerpräsident wurde, und 2017 um rund 60 Prozent gesunken. Allein 2017 verloren rund 4800 meist indische NGOs ihre Lizenz. Die Situation wird sich verschärfen. Laut dem neuen Finanzgesetz müssen NGOs ihre Registrierung alle fünf Jahre erneuern.

Die derzeitige Regierung strebt eine Hindu-Vorherrschaft an („Hindutva“). Sie wendet sich gegen alle Minderheiten, vor allem aber gegen Muslime (siehe Kasten von Arfa Khanum in der Tribüne des E+Z/D+C e-Papers 2020/03). Auch christliche Organisationen werden unter Druck gesetzt. Compassion International wurde beschuldigt, Religionsübertritte zu unterstützen und aufgefordert, die Arbeit einzustellen.

Dass der Raum für die Zivilgesellschaft kleiner wird, ist derzeit in vielen Ländern zu beobachten, beispielsweise in Russland, Brasilien oder in den Philippinen. Nach in-

nen gerichtete Nationalisten versuchen, ihre Macht mit aggressiver Identitätspolitik zu festigen, aber nicht die drängenden Probleme wie Armut oder Umweltzerstörung zu lösen.

Die indische Regierung hat ein Narrativ geschaffen, nach dem jede Kritik anti-national und sogar eine potenzielle Sicherheitsbedrohung ist. Seit Dezember sieht sie sich mit einer beispiellosen breiten und gewaltlosen sozialen Bewegung konfrontiert, die die säkulare indische Verfassung aufrechterhalten will. Diese verbietet Diskriminierung aus religiösen und anderen Gründen (siehe Arfa Khanum in der Tribüne des E+Z/D+C e-Papers 2020/03). Als Reaktion darauf verbreiten Hindutva-Befürworter Hassparolen („Erschießt die Verräter“). Der von ihnen ausgehende Pogrom Ende Februar in Delhi hatte mehr als 50 Todesopfer (siehe Blogpost vom 26. Februar auf der E+Z/D+C-Website) zur Folge.

Die indische Wirtschaft befindet sich in einem Abschwung. Die jüngste Insolvenz der wichtigen privatwirtschaftlichen Yes Bank verschärft die Probleme. Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten werden sicher nicht helfen. Viele Inder, auch regierungskritische Hindus, befürchten, dass die repressiven Maßnahmen der Hindutva die Lage noch verschlimmern werden.

Indien erhält viel öffentliche Entwicklungshilfe (Official Development Assis-

tance – ODA). Nur ein kleiner Teil wird über INGOs umgesetzt. Finanziell bedeutender sind multilaterale Organisationen wie das UN-Entwicklungsprogramm oder die Weltbank sowie bilaterale Durchführungsorganisationen wie die Japan International Cooperation Agency (JICA) oder die GIZ. Diese meiden politisch sensible Bereiche wie Menschenrechte oder Rechtsstaatlichkeit und fokussieren sich auf Themen wie Infrastruktur, Energie und Klimaschutz. Dennoch ist ihnen gute Regierungsführung wichtig, weil der Erfolg ihrer Projekte davon abhängt.

Sie können sich aus mehreren Gründen nicht schnell oder vollständig aus einem Land mit 14 Prozent der Weltbevölkerung zurückziehen. Zudem sind ODA-Programme weitgehend auf globale öffentliche Güter wie das Klima ausgerichtet. Andererseits ermöglicht die Infrastrukturfinanzierung der Modi-Regierung, andere Ziele zu verfolgen.

Internationale Medien haben bemerkt, wie gefährlich Modi ist, und die INGOs geben den Kampf für Gleichheit und Menschenrechte nicht auf. Aus diplomatischen Gründen können multilaterale und bilaterale Geber ihre Kritik nicht öffentlich ausdrücken. Wenn sie der indischen Führung aber sagen, dass sie sich stärker in Governance-Fragen engagieren wollen, könnten Modi und sein Kabinett die Botschaft verstehen.



RICHA ARORA
ist Alexander-von-Humboldt-Stipendiatin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

<https://www.swp-berlin.org>



Muslimische Frauen begutachten Ende Februar die Schäden eines Brandanschlags auf eine Moschee in Mustafabad im Nordosten von Delhi.

MENSCHENRECHTE

Humanität oder Barbarei

„Ich danke Griechenland dafür, dass es unser europäisches Schutzschild ist,“ sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor kurzem. Vor wem muss Europa sich schützen? Feindliche Armeen oder das neue Coronavirus? Nein, es geht um Flüchtlinge, die sich in der Hoffnung auf eine offene Grenze auf den Weg von der Türkei nach Europa gemacht haben. Griechenland lässt aber keine Asylsuchenden ins Land.

Von Sabine Balk

Der Grund für die Migrationswelle ist der seit 2011 anhaltende Syrienkrieg, in dem sich die Lage erneut zugespitzt hat. Das herrschende Regime von Präsident Baschar al-Assad überzog in den vergangenen Wochen und Monaten die letzte Rebellenhochburg Idlib unweit der syrisch-türkischen Grenze mit einem Bombenhagel. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan unterstützt dagegen die Rebellen und fühlt sich von der NATO und der EU im Stich gelassen.

Wahr ist aber auch, dass er seine eigene Syrienpolitik nicht mit den Partnern abgestimmt hat. Er hat sich zeitweilig mit Russland verbündet, steht nun aber plötzlich wieder als Widersacher russischer Machtinteressen da. Um den Druck auf die EU zu erhöhen, hat er Flüchtlingen weißgemacht, sie könnten in die EU

ausreisen. Richtig daran war allerdings nur, dass die Türkei dies nicht verhindern würde.

Der Kontext ist kompliziert. Die Türkei hat bislang laut dem UN-Flüchtlingswerk UNHCR etwa 3,6 Millionen syrische Flüchtlinge aufgenommen – so viele wie kein anderes Land der Welt und auch deutlich mehr als alle EU-Mitglieder zusammen. Die EU hat mit Erdogan vereinbart, dass sie die Türkei finanziell unterstützt, wenn er keine Flüchtlinge ausreisen lässt. Darüber, ob das Geld reicht und wie viel mehr die Türkei bekommen sollte sowie über weitere Punkte, wird gestritten.

Die EU-Spitzenpolitiker fürchten, mehr Zuwanderung werde anti-demokratische und rassistische Kräfte weiter erstarren lassen. Deshalb fährt Griechenland unter Lob der EU einen knallharten Kurs gegen die Migranten an seiner Grenze, die zugleich die EU-Außengrenze ist. Die Szenen, die sich dort laut Augenzeugen abspielen, sind grausam. Die griechische Regierung lässt Tränengas gegen Männer, Frauen und Kinder einsetzen und sogar auf sie schießen. Migranten in Schlauchbooten kommen auch nicht an Land. Wegen des grassierenden Coronavirus sind die EU-Grenzen seit 17. März ohnehin komplett dicht.

Etwa 10 000 bis 20 000 Menschen saßen zu Redaktionsschluss Ende März im

Niemandsländ zwischen Griechenland und der Türkei fest – unversorgt und ohne Unterkünfte. Wie sich der Ausbruch des Coronavirus dort auswirken würde, mag man sich gar ausmalen. Ähnlich desolat sieht es in den total überfüllten Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln aus. Die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen fordert die umgehende Evakuierung der Lager wegen des Coronavirus. Es drohten sonst unkontrollierbare Zustände.

Die EU muss den Grundsätzen, die sie erhebt und an denen sie andere misst, selbst gerecht werden, wenn sie glaubwürdig bleiben will. Die Aussetzung des im Prinzip von ihr garantierten Rechts auf Schutz und Asyl ist deshalb skandalös. Menschen, die in ihrer Heimat bedroht werden und Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind, wies Griechenland mit Applaus der EU-Partner an der Grenze ab. Die EU fordert in ihrer Entwicklungspolitik gute Regierungsführung und die Einhaltung der Menschenrechte. Angesichts der Katastrophe an den Außengrenzen fragen sich nicht nur Afrikaner und Asiaten, sondern auch viele Europäer, welchen Wert Menschenrechte und Humanität für die EU wirklich haben.

Die EU-Politiker lassen Rechtspopulisten im politischen Diskurs obsiegen. Das ist unverantwortlich und führt zu keiner konstruktiven Lösung. Die Forschung zeigt: Migration lässt sich nicht stoppen. Wenn Menschen ihre Heimat hinter sich lassen, weil sie Schutz vor Bomben oder Naturkatastrophen suchen oder keine Zukunft mehr sehen, wird sie nichts dauerhaft aufhalten. Auch Zäune und rohe Gewalt halten nur eine begrenzte Zeit.

Mit dem Einsatz von Gewalt an der Grenze gibt die EU ihre humanistischen Werte auf. Ihre Spitzenpolitiker sagen nicht völlig zu Unrecht, es gehe darum, sich nicht vor Erdogan erpressen zu lassen. Die traurige Wahrheit ist jedoch, dass sie ihm in der Türkei politisch helfen, indem sie Flüchtlinge abweisen. Je weniger glaubwürdig die EU ist, umso weniger können Erdogans heimische Kritiker, die sich auf demokratische Werte beziehen, ihre Landsleute überzeugen.



SABINE BALK
ist Redakteurin von E+Z
Entwicklung und Zusammen-
arbeit / D+C Development and
Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



**Verzweifelte
Flüchtlinge vor der
griechischen Grenze
im türkischen Edirne.**



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc



D+C

Folgen

Editorial office D+C
@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.
Imprint: ow.ly/NlIV30kdnm

Frankfurt, Germany dandc.eu Seit Januar 2010 bei Twitter

2.103 Folge ich 8.389 Follower

Tweets Tweets und Antworten Medien Gefällt mir

D+C Editorial office D+C @forumdc · 55 Min.
An incomplete selection of important statements concerning global response to Covid-19 ow.ly/gx4850yWpl #Covid19 #COVID19 #Coronavirus #globaldev #health #globalhealth



👍 🔄 📌 📷

D+C Editorial office D+C @forumdc · 2 Std.
Liberal democracy is worth defending because it can prevent cruelty argues

Neu bei Twitter?

Registriere dich jetzt, um deine eigene personalisierte Timeline zu erhalten!

Registrieren



Was dir gefallen könnte

 **UBU (UBU)**
@ubu_official Folgen

 **Ryan Thomas**
@My3_Ideas Folgen

 **Andreas K. Maier**
@maier_ak Folgen

Mehr anzeigen

Trends

1 - Trends
#coronavirusdeutschland
2.861 Tweets

2 - Trends
#Maskenpflicht
4.444 Tweets

3 - Trends
#TransDayOfVisibility



DIGITALE TECHNIK

Ungleiche Startchancen

Wie das Buch einer indischen Sozialwissenschaftlerin zeigt, nutzen Jugendliche in Entwicklungsländern digitale Technik für ähnliche Zwecke wie ihre Altersgenossen in reichen Nationen. Sie sind aber in verschiedener Hinsicht benachteiligt.

Von Hans Dembowski

In der internationalen Entwicklungsdebatte werden seit langem die Chancen der Digitalisierung betont. M-Pesa gilt als positives Beispiel, weil dieses System Menschen im ländlichen Raum Afrikas Geldtransfers per Mobiltelefon ermöglicht. Gern wird auch davon erzählt, wie Facebook bislang ausgegrenzten Menschen eine Stimme gibt und ungeahnte soziale Bewegungen ermöglicht. Initiativen wie One Laptop Per Child machten sogar Glauben, Digitalisierung werde wie von selbst Bildungsgräben einebnen.

Payal Arora rückt in ihrem Buch „The next billion users“ solche Vorstellungen zurecht. Sie führt überzeugend aus, dass digitale Technik Bildungsnachteile per se nicht aufhebt. Die Sozialwissenschaftlerin stützt sich auf Forschungsarbeiten in Asien, Afrika und Lateinamerika. Untersuchungsgegenstand war der Umgang junger Menschen mit Smartphones und Computern. Arora stammt aus Indien, studierte in den

USA und hat nun einen Lehrstuhl an der Erasmus-Universität in Rotterdam.

Ihre Kernbotschaft ist, dass sich die Jugend in Entwicklungsländern nicht grundlegend von der Jugend anderswo unterscheidet. In einem gewissen Umfang verwendet sie digitale Technik, um ihre Lebenschancen zu verbessern, aber vor allem interessieren sich junge Leute für Unterhaltung und Austausch mit Altersgenossen. Sie geben sich große Mühe, ihre Profile auf sozialen Medien zu optimieren, und geben oft Geld aus, um Selfies professionell überarbeiten zu lassen. Arora betont, arme Menschen seien weder besonders sparsam noch besonders fleißig noch besonders kreativ. Sicherlich geben sie sich besondere Mühe, Geld beisammenzuhalten und mit größtmöglicher Wirkung auszugeben. Ihre Alltagsmotivation unterscheidet sich aber nicht von anderen Menschen. Derweil sind ihre Möglichkeiten stärker eingeschränkt.

Arme Jugendliche in Entwicklungsländern sind größeren Risiken ausgesetzt. Arora begründet das unter anderem mit unregelmäßiger Informalität. Es gelte als normal, sich in Systeme einzuhacken. Die Grenzen zwischen Informalität und Illegalität sind aber fließend, und die großen Internetkonzerne achteten immer stärker auf ihr intellektuelles Eigentum und die Durchsetzung einschlägiger Gesetze. Laut Arora sind sie in

gewissem Umfang bereit, mit informellen Hackern zu kooperieren. Das diene aber immer dem Ausbau ihrer eigenen Vormachtstellung und grenze Nachzügler aus.

Medienpiraterie nennt Arora als Beispiel dafür, dass der informelle Sektor ökonomisch auch Vorteile bietet. Illegale Kopien internationaler Filme werden in vielen Ländern von Schwarzmarkt-Händlern vertrieben. Diese Händler verkaufen auch Video- und Audioproducte aus dem Inland. Ohne den verbotenen Vertrieb von Welthits hätten heimische Kulturschaffende keine Chance, bekannt und erfolgreich zu werden, da es sonst für ihre Erzeugnisse keinen Vertriebsweg gäbe. Arora warnt indessen, die fortschreitende Digitalisierung stärke die Position der multinationalen Unternehmen.

FLIRTEN IM NETZ

Schutz der Privatsphäre ist ein wichtiges Thema. Wie die Kulturanthropologin erläutert, haben junge Menschen in den Slums großer indischer und brasilianischer Städte diesbezüglich aber besondere Probleme. Sie haben kaum Raum für sich selbst, denn sie teilen sich Ein-Zimmer-Hütten mit Familienmitgliedern aus mehreren Generationen. Soziale Medien eröffnen ihnen eine kleine Privatsphäre, in der weder Angehörige noch Nachbarn sie beobachten können. Das nutzen sie, um beispielsweise Flirten zu üben. Dabei dürfen sie sich aber nicht erwischen lassen, denn der Kontakt zum anderen Geschlecht ist tabu. Mädchen müssen besonders aufpassen, dass sie ihren Ruf nicht verlieren.

Arora berichtet von jungen Männern in Indien, die systematisch auf Facebook Kontakt zu jungen brasilianischen Frauen suchen, weil indische Frauen nur selten antworten. Zudem steigern internationale Kontakte das Ansehen im Freundeskreis. In Tagträumen begegnen sich die jungen Leute von verschiedenen Kontinenten. Andererseits machen viele junge Leute auch Erfahrungen mit Online-Betrug. So werden etwa ihre ersten Avancen euphorisch begrüßt, und dann kommt eine Bitte um Geld, das benötigt werde, um zu Besuch zu kommen. Sobald das Geld oder Telefonguthaben überwiesen ist, herrscht dann plötzlich Funkstille.

Der leichte Zugang zu Pornographie ist ein weiteres Thema. Entsprechende Websites sind ebenso beliebt, wie sie gesell-



Teenagerin in einem Armenviertel von Manila.

schaftlich missbilligt werden. Arora greift das Thema auf, geht aber nicht in die Tiefe. Relevant ist, dass Jugendliche außer Porno-Websites oft gar keine Sex-Aufklärung kriegen. Das kommt auch in Industrieländern vor, ist aber in Entwicklungs- und Schwellenländern noch stärker der Fall. Besonders weibliche Teenager brauchen zuverlässigere Informationen (siehe Aditi Roy Ghatak in der Debatte E+Z/D+C e-Paper 2019/05). Es ist nicht zu erwarten, dass sie das ganze relevante Wissen ergooglen. Es teilt auch niemand der jugendlichen Zielgruppe mit, dass Pornographie nicht intime Beziehungen darstellt, sondern lediglich sexuelle Fantasien inszeniert.

Digitalen Handel finden viele benachteiligte Jugendliche attraktiv, wie das Buch ausführt, denn viele Dinge, die sie sich wünschen, sind dort, wo sie leben, kaum erhältlich – und schon gar nicht zu erschwinglichen Preisen. Andererseits finden es viele beklemmend, wenn ihnen aufhält, dass Werbung im Netz persönlich auf sie zugeschnitten ist, denn das bedeutet, dass ein Unternehmen ihre individuellen Daten ausgewertet hat.

Digitale Spiele sind beliebt, haben aber auch Schattenseiten. Arora schildert das Beispiel „gold farming“. Der Begriff steht dafür, dass junge Menschen in hoher Zahl immer wieder die mühsamen ersten Stadien eines Digitalspiels durchlaufen, um das virtuelle Spielgeld einzunehmen, mit dem im Spiel bezahlt wird. Diese digitalen Guthaben werden dann für echtes Geld an Gamer in Industrieländern verkauft. Arora findet es bezeichnend, dass die Gold-Farmer, aber nicht ihre Kunden, als Betrüger verachtet werden. Sie schildert gold farming als durchorganisiertes Geschäft, bei dem wenige Bosse die großen Gewinne einstreichen.

Seit das Buch erschienen ist, haben viele Tech-Unternehmen Arora zu Vorträgen eingeladen, wie sie bei einer Konferenz über Medien und Digitalisierung in der Deutschen Welle in Bonn Ende vergangenen Jahres berichtete (was über journalistische Trends gesagt wurde, stand im Monitor des E+Z/D+C e-Papers 2020/01). Diese Unternehmen wollen neue Märkte erschließen. Die Autorin hatte erwartet, dass entwicklungspolitische Institutionen ein ähnliches Interesse zeigen würden. Ihre

Einschätzung, dass Regierungen und Entwicklungsinstitutionen pauschal die digitale Revolution als segensreich betrachten, ist etwas überzogen. Empirisches Wissen über den digitalen Alltag junger Leute in Entwicklungsländern sollte aber sicherlich zur Kenntnis genommen werden.

Arora belegt überzeugend, dass junge Menschen in Entwicklungsländern sich in ihren Interessen nicht sonderlich von den Altersgenossen anderswo unterscheiden. Sie belegt zugleich, dass ihre Ausgangschancen aber deutlich schlechter sind. Jugendliche aus benachteiligten Gemeinschaften haben geringere Bildungschancen und schlechtere Sprachkenntnisse, auch wenn das Internet helfen mag, das Englisch ein bisschen aufzubessern. Sie geben auch einen größeren Teil ihres Einkommens für Mobiltelefonie aus, sind rechtlich weitgehend schutzlos und größeren Ausbeutungsrisiken ausgesetzt.

BUCH

Arora, P., 2019: The next billion users. Digital life beyond the west. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

POLITISCHE THEORIE

Furcht und Freiheit

Liberale Demokratie kann Grausamkeit verhindern und ist deshalb verteidigungswert, schreibt Princeton-Professor Jan-Werner Müller in seinem neuen Buch. Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit setzen der Brutalität nämlich Grenzen.

Von Hans Dembowski

Die liberale Demokratie wird derzeit in vielen Ländern von autoritären Populisten infrage gestellt. Das hat zu intensiven Mediendebatten geführt. Der in den USA lehrende deutsche Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller hat dazu sehr wichtige Beiträge geliefert. Sein neues Buch untersucht, warum die liberale Demokratie verteidigungswert ist.

Die Begriffe „liberal“ und „Liberalismus“ haben eine lange Geschichte in der

politischen Philosophie. Wofür sie stehen, ist nicht eindeutig. In den USA und Kanada treten „Liberale“ für einen starken Sozialstaat ein und stehen tendenziell mitte-links. In Australien dagegen ist die Liberale Partei von Premierminister Scott Morrison seit Langem die etablierte konservative Kraft und wirkt mit ihrer Klimaleugnung und Xenophobie zunehmend populistisch.

„Populismus“ ist freilich ein weiterer Begriff, der klar definiert werden muss. In seinem 2016 veröffentlichten Buch „Was ist Populismus?“ hat Müller das auf exzellente Weise getan (siehe Rezension von Hans Dembowski im Schwerpunkt von E+Z/D+C e-Paper 2017/02). Populisten behaupten demnach:

- unmittelbar „das“ Volk zu vertreten,
- bestreiten die Legitimität aller anderen politischen Kräfte und

- agitieren einerseits gegen vermeintlich ausbeuterische Eliten und andererseits gegen Minderheiten.

Typischerweise inszenieren sich Populisten als Opfer. Sobald sie Machtpositionen erreichen, versuchen sie sich dann nach Kräften demokratischer und rechtlicher Kontrolle zu entziehen. Wenn in E+Z/D+C von Populismus die Rede ist, bezieht sich das auf Müllers Definition.

Das neue Buch behandelt verschiedene Bedeutungen von Liberalismus und verwirft einige davon. Müller lehnt zum Beispiel den marktradikalen Liberalismus ab, weil dieser einerseits allen, die mit eigener Arbeit Geld verdienen müssen, strenge Verhaltensregeln auferlegt, zugleich aber finanzkräftigen Akteuren kaum Grenzen setzt. Es stimmt nun mal nicht, dass nur der Staat Freiheit einschränkt. Privatunternehmen können das auch tun.

GRAUSAMKEIT VERMEIDEN

Aus Müllers Sicht muss eine gerechte Gesellschaftsordnung verletzte Menschen vor der Grausamkeit der Mächtigen schützen



Frauenbaracke in Auschwitz 1945: Dass Grausamkeit verhindert werden muss, ist eine Lehre der Nazi-Zeit.

– und das kann nur die liberale Demokratie leisten. Dieser Gedankengang stammt ursprünglich Judith Shklar (1928–1992), einer säkularen Jüdin die vor den Nazis aus Osteuropa nach Amerika floh und Philosophieprofessorin an der Harvard University wurde. Müller greift ihre Ideen auf. Er schreibt, der Ausgangspunkt für die Gestaltung einer Sozialordnung müsse sein, den Opfern von Grausamkeit Gehör zu schenken. Deren Erfahrung müsse die Politik dann so leiten, dass Furcht vor Grausamkeit unnötig werde.

Müller behauptet nicht, dass jede liberale Demokratie diesem Ideal entspricht. Er unterstreicht aber, dass andere politische Systeme gar nicht für diesen Zweck konzipiert sind. Selbstgefällige Opferposen, wie sie Populisten gern im Namen von Mehrheiten einnehmen, sind dagegen Wegbereiter für autoritäre Herrschaft und die Diskriminierung von Minderheiten.

Das Buch „Furcht und Freiheit“ ist zunächst auf Deutsch erschienen. Eine englische Version werde vorbereitet, sagt Müller, er wisse aber noch nicht, wann sie erscheine. Die Botschaft ist wichtig, aber das Werk ist nicht leicht zu lesen. Der Autor taucht tief in die Geschichte der poli-

tischen Philosophie ein. Unter anderem erläutert er,

- dass Frankreich einst als liberales Vorbild galt (denn der Code Civil des autoritären Herrschers Napoleon schaffte aristokratische Privilegien ab und führte im Marktgeschehen Gleichberechtigung aller Bürger ein),
- dass wohlhabende Eliten historisch die liberale Demokratie der uneingeschränkten Demokratie vorzogen (denn Verfassungen setzen dem Mehrheitswillen Grenzen) und
- dass sich liberale Forderungen nach Chancengleichheit recht spät entwickelten und nicht überall gleichermaßen zu konsequenten Staatseingriffen in Märkte führten.

Müller schildert auf faszinierende Weise eine breite Palette von Bedeutungskonnotationen des Begriffes „liberal“. Die Stärke seines Buches ist, dass er die Forderung nach liberaler Demokratie ethisch mit dem Schutz vor Grausamkeit erdet.

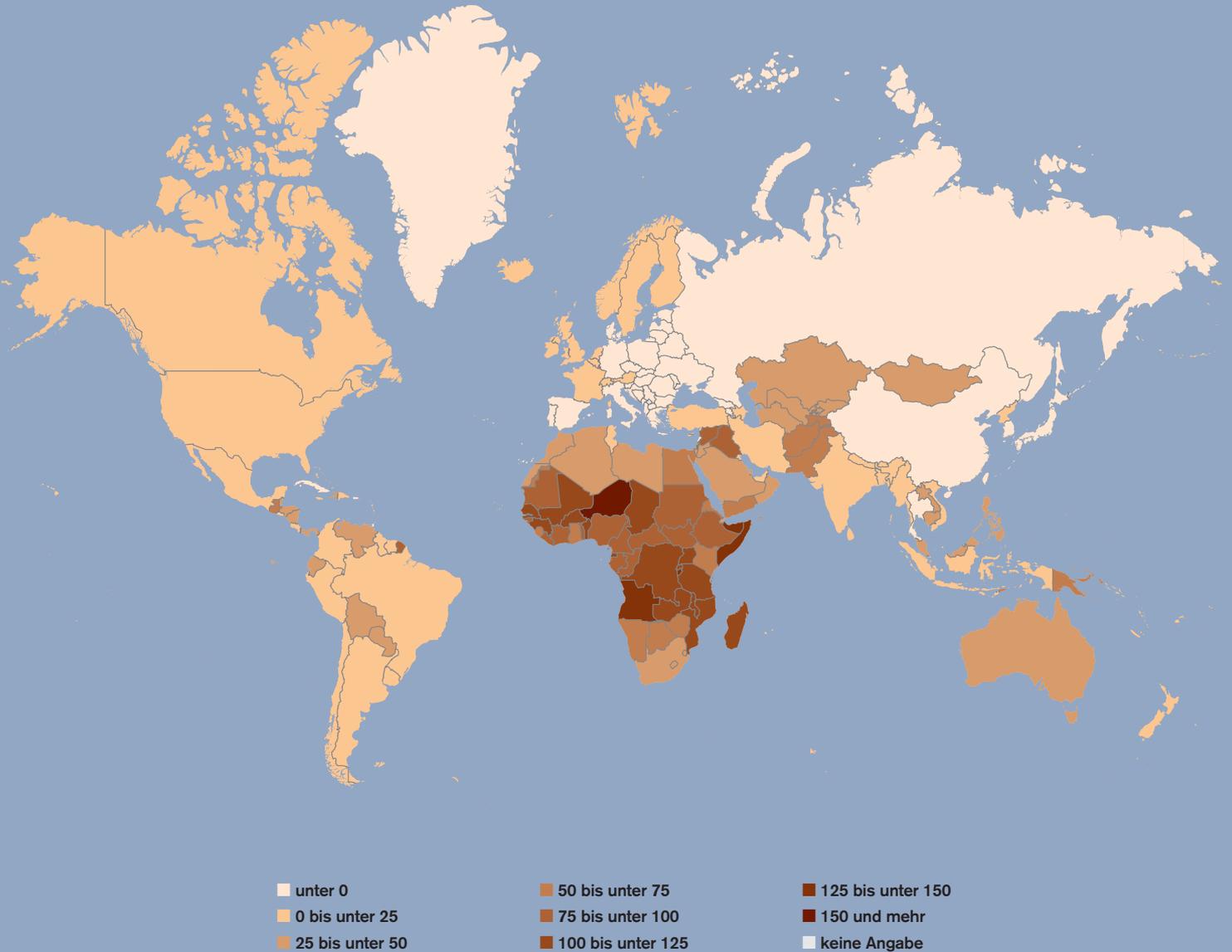
Das Buch liefert allerdings keine Diagnose dafür, welche Ursachen die aktuellen politischen Krisen vieler Staaten heute haben. Der Klimawandel wird kaum erwähnt. Müller lässt sich auch nicht auf die weltweite Superelite milliarden-

schwerer Oligarchie ein, von denen viele populistischen Nationalismus unterstützen. Beispiele sind die Koch Brüder oder die Mercers in den USA oder der Verleger Rupert Murdoch. Sie profitieren von der Globalisierung, wollen aber staatlicher Regulierung entgehen. Mit gutem Grund wird argumentiert, dass sie das zur Förderung rechter Nationalisten motiviert (siehe Hans Dembowski im Monitor von E+Z/D+C e-Paper 2019/09).

Der Hintergrund ist, dass die Regulierung internationaler Märkte in wachsendem Maße auf supranationaler Kooperation beruht und nicht einzelstaatlich durchgesetzt werden kann. Wer auf nationale Souveränität besteht, macht deshalb Regierungen nicht stärker, sondern schränkt deren Fähigkeit ein, die Globalisierung zu gestalten. Müller arbeitet, wie er E+Z/D+C mitgeteilt hat, an einem Buch, das solche Fragen behandeln wird – und das zuerst auf Englisch erscheinen wird.

LITERATUR

- Müller, J.-W., 2019: *Furcht und Freiheit – Für einen anderen Liberalismus*. Berlin, Suhrkamp
 Müller, J.-W., 2016: *Was ist Populismus?* Berlin, Suhrkamp).



Demografische Trends

Das Wachstum der Weltbevölkerung verlangsamt sich, während weltweit Gesellschaften im Schnitt älter werden. Länder mit niedrigem und niedrigem mittlerem Einkommen sollten sich eine demografische Dividende sichern, solange viele junge Menschen auf die Arbeitsmärkte drängen, ohne sich um viele Kinder oder Senioren kümmern zu müssen. Je besser das gelingt, umso leichter wird es

ihnen gelingen, alte Menschen zu versorgen. Immer weniger alte Menschen werden von traditionellen Großfamilien versorgt und brauchen sozialpolitische Unterstützung.



Dieser Schwerpunkt hat Bezüge zu mehreren UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs).

BEVÖLKERUNGSWACHSTUM

Globale Herausforderung

Afrika hat die jüngste Bevölkerung der Welt. Für sie gibt es bei weitem nicht genügend Arbeitsmöglichkeiten. Das stellt nicht nur den Kontinent selbst vor große Herausforderungen, sondern wirkt sich weltweit aus.

Von Samir Abi

In Afrika leben mehr als 800 Millionen Menschen unter 25 Jahren, das sind 62 Prozent der Bevölkerung. In Asien und Lateinamerika macht diese Altersgruppe lediglich etwas mehr als 40 Prozent aus und in den Industrieländern Europas und Nordamerikas sogar nur rund ein Viertel.

Einer der Gründe für Afrikas Kinderreichtum liegt darin, dass Kinder hier traditionell als Zeichen von Reichtum und als Geschenk der Natur gelten, das man auf keinen Fall ablehnen darf, will man nicht den Zorn der Vorfahren heraufbeschwören. Allmählich gibt es in den Metropolen zwar auch eine Tendenz zur Kleinfamilie. Aber vor allem auf dem Land geht dieser Wandel sehr langsam voran.

Afrikanerinnen bekommen im Durchschnitt vier bis fünf Kinder. In manchen Ländern, etwa dem Niger, sind es sogar sieben. Anders sieht es in den nordafrikanischen Ländern und in Südafrika aus: Dort sind zwei Kinder pro Frau die Regel, was vor allem auf die höhere Bildung der Frauen, ihre Berufstätigkeit und leichteren Zugang zu Verhütungsmitteln zurückzuführen ist.

Ein weiterer Grund für die vielen jungen Menschen in Afrika liegt in der gesunkenen Säuglings- und Kindersterblichkeit. Bessere Versorgung in der Schwangerschaft hat zudem zu weniger riskanten Geburten geführt. Durch die verbesserte Gesundheitsversorgung ist auch die Lebenserwartung stark gestiegen. Insgesamt kommen also mehr und gesündere Kinder zur Welt, die länger leben als beispielsweise noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

AFRIKA WÄCHST

Als die afrikanischen Länder ab den 1950er Jahren unabhängig wurden, lebten rund 280 Millionen Menschen oder sieben Prozent der Weltbevölkerung auf dem Kontinent. In 60 Jahren sind mehr als eine Milliarde Menschen hinzugekommen. Heute machen die 1,3 Milliarden Afrikaner 14 Prozent der Weltbevölkerung aus, und ihr Anteil steigt weiter. Laut den UN-World Population Prospects 2019 wird die Bevölkerung Subsahara-Afrikas bis Mitte dieses Jahrhunderts um mehr als eine Milliarde Menschen zunehmen und auch noch über den Jahrhundertwechsel hinaus weiter wachsen. Die anderen Weltgegenden werden den Höhepunkt ihrer Bevölkerungszahl voraussichtlich vor Ende dieses Jahrhunderts erreichen.

Für Afrikas Staaten stellt sich die Frage, wie sich die demografischen Verän-

derungen auf ihre mittel- und langfristige Entwicklung auswirkt. Das große Wirtschaftswachstum von durchschnittlich rund fünf Prozent pro Jahr in den vergangenen zwei Jahrzehnten hat viele Länder glauben gemacht, dass ihre Volkswirtschaft bis 2030 erstarben wird. Im Vergleich zum Bevölkerungswachstum, das seit Ende der Kolonialzeit im Schnitt 2,5 Prozent pro Jahr betrug, ist das Wirtschaftswachstum jedoch zu bescheiden, um Afrikas Ökonomien wirklich nach vorne zu bringen. Außerdem werden die Einnahmen aus dem Wirtschaftswachstum gebraucht, um die sozialen Folgen des Bevölkerungswachstums zu bewältigen.

Mehr Menschen, insbesondere mehr junge Menschen, bedeuten einen riesigen Bedarf an Bildung, guten Arbeitsplätzen und Wohnmöglichkeiten. Viele Länder können diese Nachfrage aus eigener Kraft nicht decken. Daher verlässt sich der Staat fast überall in Afrika in den meisten Bereichen auf den Privatsektor, damit dieser die Bedürfnisse der Menschen befriedigt. Weitreichende Privatisierung etwa im Gesundheits- und Bildungsbereich ist üblich.

Viele der jungen Menschen, die jedes Jahr neu auf den Arbeitsmarkt kommen, finden keine Jobs, weil es nicht genügend öffentliche und private Investitionen gibt. Trotzdem setzen afrikanische Länder in ihren Entwicklungsplänen auf die demografische Dividende (siehe Kasten, S. 20), um ihre Wirtschaft voranzubringen. Ob diese eintritt, ist jedoch fraglich.

Bisher mangelt es an ordentlich bezahlten Arbeitsplätzen und entsprechend verdienen viele junge Menschen im informellen Sektor nur recht geringe Einkommen. Die Regierungen müssten in den kommenden 20 Jahren 450 Millionen Jobs in Afrika schaffen, um der grassierenden Jugendarbeitslosigkeit und -unterbeschäftigung Herr zu werden. Da ihre Volkswirtschaften jedoch immer noch vom Export von Rohstoffen abhängen, deren Preise sie nicht bestimmen können, können sie selbst bei sehr gutem Wirtschaftswachstum laut dem Africa Competitiveness Report 2017 höchstens 100 Millionen Jobs bis 2050 schaffen.

NUR JEDES VIERTE PAAR VERHÜTET

Ökonomen, die an die demografische Dividende glauben, gehen zudem von verän-



In Afrika, wie hier in Ruanda, gelten viele Kinder als Zeichen von Reichtum.



Dank verbesserter Gesundheitsversorgung ist die Lebenserwartung in Afrika gestiegen: Massenimpfung in Äthiopien.

der politischen Führer – mit Hilfe unseriöser multinationaler westlicher und asiatischer Konzerne – geht. Letztere tragen dazu bei, dass die Sorge der Afrikaner vor einer Neokolonisierung des Kontinents zunehmen, da sie es nicht schaffen, in Afrika gute Arbeitsplätze zu schaffen. Die Folge sind bewaffnete Aufstände und terroristische Akte.

Ein weiteres Phänomen verdient Beachtung: die massenhafte Flucht junger Menschen aus Afrika. Auf der Suche nach Arbeitsmöglichkeiten werden sie zu Migranten. Die alternde Bevölkerung im Westen und der Bedarf an billigen Arbeitskräften im Osten verleiten immer mehr junge Afrikaner dazu, ihr Leben auf unsicheren Fluchtwegen zu riskieren. Vor diesem Hintergrund stellt sich die demografische Entwicklung Afrikas ganz klar als internationale Herausforderung dar.

LINKS

UN, 2019: World Population Prospects 2019 – Highlights:

https://population.un.org/wpp/Publications/Files/WPP2019_Highlights.pdf

African Development Bank, World Economic Forum and World Bank Group, 2017: The Africa Competiveness Report 2017.

http://www3.weforum.org/docs/WEF_ACR_2017.pdf



SAMIR ABI arbeitet für Visions Solidaires, eine nichtstaatliche Entwicklungsorganisation in Togo.

samirvstg@gmail.com

Foto: kd

derdem Bevölkerungswachstum aufgrund gesellschaftlichen Fortschritts aus, etwa besserer Bildung für Mädchen. Kulturelle Faktoren und der große Einfluss der monotheistischen Religionen, die Verhütung ablehnen, verlangsamen diesen Wandel allerdings stark. Die Befürworter einer strikteren Familienpolitik und Geburtenkontrolle durch den Staat rufen nach einer Verhütungsrevolution. In ihren Augen ist es höchste Zeit, von oben her einzugreifen. So könnten die Regierungen ihren Vorstellungen zufolge erreichen, dass drei Viertel aller afrikanischen Paare moderne Verhütungsmethoden verwenden. Aktuell tut das nur rund ein Viertel.

Ohne große strukturelle Veränderungen im internationalen Wirtschaftssystem und der Regierungsführung afrikanischer Länder lässt Afrikas Bevölkerungswachstum

nichts Gutes erwarten. Seine Folgen können auch die anderen Weltgegenden nicht kalt lassen. Das gilt vor allem für den Nachbarkontinent Europa und den Nahen Osten.

Die jungen Menschen Afrikas stellen eine Zeitbombe für die Regierbarkeit der afrikanischen Länder dar. Die Konzentration von politischer und wirtschaftlicher Macht in den Händen weniger treibt viele arbeitslose Jugendliche in die Revolte. Der Arabische Frühling und die derzeitigen Protestbewegungen in allen Teilen Afrikas sind Zeichen für die verbreitete Instabilität. Diese muss der Kontinent in den kommenden Jahrzehnten unbedingt angehen.

Aus Sorge, ihre Privilegien zu verlieren, unterdrücken die Machthaber die Protestbewegungen. Die freie Meinungsäußerung ist vielfach bedroht, wenn es um das Offenlegen von Korruption und Vetternwirtschaft

Wirtschaftswachstum durch veränderte Bevölkerungsstruktur

Die demografische Dividende ist ein Effekt, der vor allem asiatischen Ländern zu großem Wirtschaftswachstum verholfen hat. Er entsteht, wenn es sehr viele Menschen im arbeitsfähigen Alter gibt, die Geburtenrate sinkt, aber nicht sehr viele alte Menschen

versorgt werden müssen. Dann können junge Erwerbstätige Vermögen bilden. Wenn diese Ersparnisse produktiv im Land angelegt werden, wächst die Wirtschaft.

Damit die demografische Dividende eintritt, müssen allerdings mehrere Vorausset-

zungen gegeben sein. Es reicht nicht, dass nur eine vergleichsweise kleine Zahl von abhängigen Kindern und Senioren versorgt werden müssen, sondern es muss auch genügend Arbeitsplätze für die große Gruppe der 15- bis 65-Jährigen geben. Nur dann steigt das Einkommen, das die Familien zur Verfügung haben, so dass sie Ersparnisse bilden können.

Der Staat kann von dieser volkswirtschaftlichen Verbesserung profitieren und sie für

die Entwicklung nutzen. Höhere Produktivität und gestiegene Einkommen ermöglichen dann auch eine aufwändigere Versorgung von Senioren, allerdings kann langfristig die gesellschaftliche Alterung auch zu Problemen führen, wenn immer weniger Berufstätige eine wachsende Zahl von Rentnern finanzieren muss. Ob Afrika allerdings überhaupt von einer demografischen Dividende profitieren kann, ist noch nicht klar. sa

ARBEITSMARKT

Kaum Jobs, Massen junger Leute

Afrikas Volkswirtschaften müssen jährlich 25 Millionen gute Arbeitsplätze schaffen, damit alle Jugendlichen Beschäftigung finden und der informelle Sektor modernisiert wird. Es gibt Fortschrittschancen, aber keine Blaupause für Erfolg. Es gilt zudem, globale Megatrends zu beachten. Regierungen stehen folglich vor großen Herausforderungen.

Von Hans Dembowski

Die Zahlen sprechen für sich. Tilman Altenburg vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) schätzt, dass 350 Millionen Afrikaner unter harten Bedingungen, ohne soziale Sicherung und mit geringen Einkommen im informellen Sektor rackern (siehe hierzu auch Hans Dembowski im Monitor von E+Z/D+C e-Paper 2019/11). Erschwerend kommt hinzu, dass jährlich 13 Millionen junge Menschen auf die Arbeitsmärkte drängen. Laut Altenburg braucht Afrika jährlich 25 Millionen neue, menschenwürdige Arbeitsplätze.

Gut wäre eine demografische Dividende, wie sie Schwellenländer in Ost- und Süd-

ostasien in den vergangenen Jahrzehnten erlebten. Wie Altenburg ausführt, ermöglichte dort das große Angebot an jungen Arbeitskräften, die sich nicht um abhängige Familienmitglieder – ob Kinder oder Senioren – kümmern mussten, Industrialisierung (siehe Kasten auf Seite 20). Die Beschäftigungsbedingungen waren hart. Trotz niedriger Löhne waren die Einkommen aber höher als in der Vergangenheit. Die Exporte expandierten schnell und Volkswirtschaften begannen zu prosperieren.

Die große Frage ist, ob solch eine Dynamik auch in Afrika ausgelöst werden kann. Bei einer DIE-Konferenz im Februar wies Altenburg daraufhin, dass globale Megatrends eine Rolle spielen – wie etwa der demografische Wandel, Verstädterung und neue Muster im Welthandel. Derlei könne nützlich, aber auch hinderlich sein.

Fachleute erkennen derzeit jedenfalls keinen Entwicklungsmotor, der sich in Afrika als so wirkungsvoll erweisen könnte wie das Wachstum der Leichtindustrie in Asien. Die Problemlage ist außerordentlich komplex (zur Einschätzung der Lage durch die

UN Economic Commission for Africa siehe Kasten unten).

Manche Wissenschaftler hoffen, dass chinesische Industrieunternehmen ihre Produktion in Niedriglohnländer verlagern, weil die Löhne in der Volksrepublik deutlich steigen. Die Erwartung, dass so Millionen neuer Jobs in Afrika entstehen, ist aber vermutlich überzogen. Dafür sprechen jedenfalls Studien des DIE sowie des Londoner Overseas Development Institute (ODI). Deren Forschungsstand besagt,

- dass chinesische Firmen am liebsten in Asien investieren,
- dass sie wegen Automatisierung und Digitalisierung weniger Arbeitskräfte brauchen, und
- dass chinesische Unternehmen umso größeres Interesse an Auslandsinvestitionen haben, je größer die Anteile nicht chinesischer Investoren an ihrem eigenen Kapital sind, was hieße, dass westliche Investoren auch in diesem Kontext für Direktinvestitionen in Afrika entscheidend blieben.

Lindsay Whitfield von der Universität Roskilde hat sich auf internationale Lieferketten spezialisiert. Sie sagt, es reiche nicht mehr, Sonderwirtschaftszonen einzurichten, um beispielsweise die Textilindustrie ins Land zu holen. Trotz großer diesbezüglicher Anstrengungen habe sich beispielsweise Äthiopien mit der Integration in Lieferketten sehr schwer getan. Niedrige

Vernetzte Probleme

Afrikas Politiker müssen sich mehreren großen Herausforderungen stellen. Aus Sicht von Vera Songwe von der UN Economic Commission for Africa sind relevante Trends eng miteinander verflochten.

Der Klimawandel spielt eine Rolle. Der Äquator verläuft durch Afrika, und der Kontinent sei schon überdurchschnittlich heiß, sagt Songwe. Andererseits biete innovative erneuerbare Energieversorgung neue Möglichkeiten. Auch die Digitalisierung biete Chancen, die Afrika

nicht verpassen dürfe. In Nairobi leisteten junge Leute heute digitale Dienste für ausländische Kunden. Ihre absolute Zahl sei noch klein, wachse aber schnell. Gleichzeitig urteilt die Ökonomin, dass nicht nur Afrika, sondern auch Europa die digitale Entwicklung großenteils verschlafen habe. Die führenden Konzerne kämen nämlich aus den USA und China.

Songwe urteilt, afrikanische Staaten müssten mehr Steuern eintreiben und mehr Infrastruktur aufbauen. Auf

Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA) dürften sie sich – besonders angesichts ihres eigenen Wirtschaftswachstums – nicht dauerhaft verlassen. Andererseits lobt Songwe die beschlossene Continental Free Trade Area (CFTA), die mehr innerafrikanische Wirtschaftsbeziehungen ermöglichen werde. Sie spricht von einer „neuen Art des Multilateralismus“.

Die Ökonomin warnt, Afrikas Volkswirtschaften seien dabei, die Chance einer demografischen Dividende zu verpassen (siehe Hauptbeitrag). Südafrika und Nigeria hätten das schon getan. Andererseits

sei es positiv, dass 92 Prozent aller afrikanischen Mädchen heute zur Schule gingen und unter Studierenden an Hochschulen die Geschlechterparität erreicht sei. Auf dem Arbeitsmarkt sehe es aber anders aus, denn beispielsweise nur sieben Prozent der Angestellten der Finanzwirtschaft seien weiblich. Fachleuten ist klar, dass Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung junge Frauen mehr betrifft als junge Männer, was traditionelle Rollenvorstellungen stärkt und möglicherweise dazu führt, dass Geburtenraten langsamer sinken (siehe auch Beitrag von Samir Abi auf S. 19). dem

Löhne hätten nicht gereicht. Wie Whitfield ausführt, kommt es darauf an, internationale Markenunternehmen ins Boot zu holen. Lieferketten seien heute sehr anspruchsvoll und würden präzise gemanagt. Äthiopien sehe nun erste Erfolge, aber diese Strategie könne nicht in vielen Ländern funktionieren.

WACHSENDE STÄDTE

Eine weitere Hoffnung ist, dass Urbanisierung und die Nachfrage wachsender Mittelschichten Chancen für breitenwirksame Entwicklung bieten. Ousmane Badiane vom multilateralen International Food Policy Research Institute (IFPRI) in Washington erkennt ein großes Beschäftigungspotenzial in der Modernisierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Stadt und Land. Ernten sollten regional verarbeitet werden und die Produkte dann effizient an städtische Verbraucher geliefert werden (siehe seinen mit Shenggen Fan verfassten Aufsatz in der Tribüne von E+Z/D+C e-Paper 2019/12). Dabei kann sich moderne digitale Technik als nützlich erweisen (siehe Interview mit Peter Njonjo im Schwerpunkt von E+Z/D+C e-Paper 2019/11).

Abebe Shimeles von der multilateralen afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) erkennt solche Chancen auch, warnt aber, sie dürften nicht überschätzt werden. Afrikas neue Mittelschichten hätten sich noch nicht stabilisiert. Viele Familien fielen wieder in Armut zurück, während andere neu den Aufstieg in die Mittelschicht schafften. Soziale Ungleichheit bleibe stark ausgeprägt.

Bildung sei wichtig, sagt Shimeles, bringe aber bislang eher individuelle als gesellschaftliche Erträge. Höhere Produktivität könnte Volkswirtschaften beflügeln, aber weder Berufsbildung noch Hochschulen hätten solche Trends in Afrika ausgelöst.

Weil die Privatwirtschaft allein voraussichtlich nicht die nötigen Arbeitsplätze anbieten wird, spricht sich Joachim von Braun von der Universität Bonn für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus. Staaten müssten sich um Beschäftigung kümmern, und zugleich bestehe ein großer Bedarf an zusätzlicher Infrastruktur. Arbeitsbeschaffungsprogramme dienten beiden Zielen.

Es gibt kein Rezept, um demografische Dividenden in Afrika einzustreichen. Nötig ist jedenfalls kluge Wirtschaftspolitik. Regierungen müssen erkennen, welche



Der informelle Sektor ist riesig: Buchhändler in Nairobi.

Branchen in ihrem Land Wettbewerbsvorteile haben und entsprechende Förderkonzepte umsetzen.

Leider besteht Zweifel daran, dass afrikanische Politiker ihren Aufgaben gewachsen sind. Stefan Dercon von der Universität Oxford warnt, Neopatrimonialismus sei weit verbreitet: Regierungen verwendeten staatliche Ressourcen, um Allianzen mit mächtigen Interessengruppen zu schließen, und die Beteiligten sicherten dann gemeinsam ihre Privilegien.

Dercon befindet, allzu wenige Länder in Afrika hätten die nötigen Grundlagen für einen „nationalen Wachstumspakt“. Einigen traue er Erfolg zu – beispielsweise Kenia und Äthiopien in Ostafrika oder Ghana und Senegal in Westafrika. Um die Art von politischem Konsens zu erreichen, der in asiatischen Schwellenländern wertvoll war, müssten folgende Grundvoraussetzungen erfüllt sein:

- Frieden und politische Stabilität,
- effektive Staatsapparate sowie
- Spitzenpolitiker und Eliten, die Wirtschaftswachstum zur Priorität machten.

Ein erfahrener Vertreter einer bilateralen Entwicklungsagentur, der nicht namentlich genannt werden will, erkennt

einen markanten Widerspruch: Regierungsführung zu verbessern sei eine langfristige Aufgabe, die nicht viel Geld koste, aber intensive Zusammenarbeit bei der Ausbildung von Fachleuten, der Stärkung von Institutionen und der Definition von Normen erfordere. Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA) sei dagegen auf möglichst großen Mittelabfluss ausgerichtet und stütze sich dabei regelmäßig auf Behörden mit neopatrimonialen Eigenschaften. Quantitativ hohe ODA-Zielmarken seien deshalb tendenziell dysfunktional.

Auch Carlos Lopes von der Afrikanischen Union (AU) räumt ein, die Komplexität der Herausforderungen überfordere die Kapazitäten vieler Regierungen. Die internationale Debatte sei aber hilfreich und führe zu höheren Ansprüchen.

Aus seiner Sicht könnte auch das Bevölkerungswachstum in Afrika schneller zurückgehen, als bislang erwartet. Rückläufige Mütter- und Kindersterblichkeit seien vielversprechend. Da Gesellschaften auf anderen Kontinenten schnell alterten, könnte Afrikas Jugendlichkeit, die heute vielfach als Zeitbombe wahrgenommen wird, sich sogar als globales öffentliches Gut erweisen, urteilt Lopes.



Bezieher der Grundrente auf Sansibar im Jahr 2018.

ALTERUNG UND SOZIALE SICHERHEIT

Afrikas Senioren

Die Zahl der älteren Menschen wird in Afrika in den kommenden Jahren so schnell wachsen wie nirgendwo sonst. Das stellt den Kontinent vor enorme Herausforderungen. Wichtig ist deshalb die Einführung von steuerfinanzierten Grundrenten.

Von Florian Jürgens

Afrika ist ein Kontinent der Jugend: Das Medianalter liegt derzeit bei 19 Jahren, während es in Europa 43 und in Asien 32 Jahre beträgt. Doch das wird sich ändern. In den kommenden Jahrzehnten wird sich der Anteil der älteren Menschen in Afrika immer mehr dem der Industrieländer annähern. Das erscheint zunächst überraschend, doch diese Veränderung kündigt sich seit längerem an. Seit 40 Jahren steigt der Anteil der älteren Menschen in Afrika, und dieser Trend wird sich beschleunigen. 2050 wird es voraussichtlich mehr als drei Mal so viele Über-60-Jährige geben wie 2017 – ein Anstieg von 69 Millionen auf 226 Millionen (siehe auch Alisa Kaps in diesem e-Paper, S. 25).

Für einige Länder ist eine alternde Bevölkerung bereits Realität. So liegt der Anteil

der Über-65-Jährigen in Tunesien und Mauritius bei etwa sieben Prozent und damit doppelt so hoch wie vor 20 Jahren. Ähnlich ist es in Botswana, Südafrika und Libyen.

Die Lebenserwartung auf dem afrikanischen Kontinent ist immer noch niedriger als auf jedem anderen Erdteil, aber gleichzeitig wurden hier im weltweiten Vergleich die größten Fortschritte der vergangenen zwei Jahrzehnte erzielt. Nach UN-Angaben ist die Lebenserwartung bei Geburt zwischen 2000 und 2005 sowie zwischen 2010 und 2015 um mehr als sechs Jahre gestiegen. Durch Verbesserungen in der Armutsbekämpfung und der Gesundheitsversorgung dürfte sie sich zwischen 2045 und 2050 auf 71 Jahre erhöhen (von 60 Jahren zwischen 2010 und 2015).

LEBENSERWARTUNG

Die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt wird maßgeblich durch die hohe Kindersterblichkeit beeinflusst und sagt deshalb wenig über das Überleben der älteren Erwachsenen aus. Ein besserer Indikator ist die Lebenserwartung mit 60 Jahren:

Ein heute 60-jähriger Afrikaner kann im Durchschnitt mit 17 weiteren Lebensjahren rechnen.

Neben dem Überleben geht es aber auch um die Lebensqualität. Denn es ist ein Unterschied, ob die zusätzlichen Jahre bei guter oder schlechter Gesundheit erlebt werden. Die Weltgesundheitsorganisation misst deshalb die Healthy Life Expectance (HALE), die gesunde Lebenserwartung. Diese steigt weltweit an, aber vielerorts nicht im selben Maße wie die Lebenserwartung. Das heißt, die Zahl der Menschen, die ihr Alter bei schlechter Gesundheit erleben, wird wohl zunehmen. In Kenia zum Beispiel ist die Kluft zwischen der Lebenserwartung von Frauen und Männern mit 60 und die HALE mit 60 zwischen 2000 und 2015 gewachsen.

ÄNDERUNG DER EINSTELLUNG

Der demografische Wandel berührt alle gesellschaftlichen Bereiche, vom Zugang zu altersgerechter Gesundheitsversorgung über die Unterstützung wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten von Senioren bis hin zur Sicherung eines regelmäßigen Einkommens in Form einer Rente. Arme und reiche Länder stehen vor derselben Herausforderung: Sie müssen Systeme entwickeln, die ein menschenwürdiges Altern ermöglichen. Die Gesellschaften müssen sich an die Alterung der Bevölkerung anpassen, denn

es geht dabei um die Bedürfnisse von Millionen von Menschen. Angesichts des noch überwiegend jungen Alters der afrikanischen Bevölkerung überrascht es allerdings nicht, dass diese Frage meist noch nicht ganz oben auf der Agenda der Regierungen steht.

Noch ist Zeit, von den Erfahrungen anderer zu lernen, vor allem von asiatischen Ländern, denen die Anpassung von Politik und Sozialsystemen gelungen ist. Jetzt ist auch die Zeit gekommen, Altersdiskriminierung und Vorurteile gegenüber Älteren zu bekämpfen. In einer ugandischen Studie sagten 63 Prozent der befragten Senioren, dass sie Situationen erlebt hätten, in denen sie sich aufgrund ihres Alters nicht ernst genommen gefühlt hätten.

Vorurteile und Missverständnisse können dazu führen, dass eine Behinderung im Alter nicht erkannt, sondern als natürliche Begleiterscheinung des Alterns angesehen wird. Es braucht neue Narrative, die nicht nur wiedergeben, was ältere Menschen für die afrikanischen Familien, Gesellschaften und Volkswirtschaften leisten, sondern die auch anerkennen, dass die Menschenrechte auch für alte Menschen uneingeschränkt gelten.

AUSWEITUNG DER SOZIALEN SICHERUNG

Aber wovon leben? Den meisten Menschen in Afrika fehlt im Alter ein sicheres Einkommen. Dieses während des gesamten Lebenszyklus zu gewährleisten, ist eine Kernaufgabe des Staates, denn es ist ein Menschenrecht – verankert in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und, auf regionaler Ebene, im Protokoll der Afrikanischen Union zur Afrikanischen



Ältere Frauen, wie hier auf Sansibar, sind besonders benachteiligt, da sie in ihrem Leben oft diskriminiert werden und unbezahlte Arbeit verrichten.

Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker.

Die meisten Staaten nutzen als Mechanismus für ein sicheres Einkommen im Alter die Rente. Weltweit erhalten 68 Prozent der älteren Menschen eine Rente, jedoch sind es in Subsahara-Afrika nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation unter 30 Prozent. Und beitragspflichtige Rentensysteme, die auf einer formellen Beschäftigung basieren, decken in Afrika nur einen sehr geringen Prozentsatz der älteren Menschen ab, denn die meisten Afrikaner gehen keiner formellen Beschäftigung nach.

Dies zu ändern, wird ein langer Weg: Nur etwa sechs Prozent der Arbeitnehmer in Subsahara-Afrika zahlen Rentenbeiträge. Während die wenigen Besserverdienenden im Alter von Ersparnissen, Vermögen oder

familiärer Unterstützung leben können, haben die meisten Afrikaner sogar in ihren produktivsten Jahren nur geringe und unzuverlässige Einkommensquellen. Besonders benachteiligt sind ältere Frauen. Nach einem von Diskriminierung und unbezahlter Arbeit geprägten Leben bleiben die meisten von ihnen auch im Alter sozial und wirtschaftlich in der Abhängigkeit.

Die gute Nachricht ist, dass immer mehr afrikanische Länder steuerfinanzierte Grundrenten einführen. Vor allem das östliche und das südliche Afrika haben eine lange Tradition von steuerfinanzierten Grundrenten. Das älteste dieser Systeme ist der 1927 in Südafrika eingeführte Old Age Grant. Es folgten Namibia (1942), Botswana (1996), Lesotho (2004) und Swasiland (2005). Kleine Inselstaaten wie Mauritius und die Seychellen haben ebenfalls schon seit vielen

Sansibar: Bahnbrechende universelle Grundrente

Im Jahr 2016 richtete die teilautonome Regierung der Insel Sansibar, die zu Tansania gehört, das Zanzibar Universal Pension Scheme (ZUPS) ein, die erste vollständig staat-

lich finanzierte allgemeine Grundrente Ostafrikas. Das ZUPS berechtigt alle Einwohner Sansibars ab 70 Jahren zu einer monatlichen Rente von etwa acht Euro. Einer Unter-

suchung zufolge wirkte sich dieses garantierte Einkommen positiv auf ältere Menschen und ihre Haushalte aus und ermöglichte es ihnen, ihre Ausgaben für Lebensmittel, Gesundheit und Bildung zu erhöhen. Qualitative Erhebungen zeigten zudem, dass die Rente das Wohlbefinden der älteren Menschen verbesserte. Für einige ist die Rente die

einzigste Einkommensquelle. Die Empfänger sagen, die Rente gebe ihnen ein Gefühl der Würde und Unabhängigkeit. Eine Empfängerin sagte: „Früher bekamen wir kein Geld und manche Leute konnten sich nur eine Mahlzeit am Tag leisten. Jetzt ist es besser.“ Eine andere Frau sagte: „Endlich habe ich mein eigenes Geld und bin von niemandem mehr abhängig.“

Jahren Grundrenten, die 1950 beziehungsweise 1979 eingeführt wurden.

Jüngste Beispiele sind Kenia (2018), dessen universelle Grundrente fast eine Million ältere Menschen erreicht, und die Insel Sansibar im Jahr 2016 (siehe Kasten vorige Seite). Ugandas Senior Citizens Grant erreicht 348 000 ältere Menschen und wird derzeit landesweit eingeführt, um weitere 200 000 ältere Ugander zu integrieren.

Der Bezug einer Rente kann das Leben drastisch verändern. Krankheiten – vor allem chronische – und Behinderungen machen das Älterwerden zu einer kostspieligen Angelegenheit. Fast die Hälfte der Über-60-Jährigen hat irgendeine Form von Behinderung, und sowohl das Risiko als auch die Prävalenz der Behinderung steigen mit dem Alter.

Wie wichtig eine Rente ist, betonen ältere Menschen immer wieder selbst, doch es gibt auch objektive Anzeichen. Renten helfen ihnen nicht nur bei der Bewältigung ihres Alltags, sie steigern auch ihre Würde und Unabhängigkeit innerhalb ihrer Familien und Gemeinschaften. Besonders positive Auswirkungen hat die Auszahlung von Renten als Bargeldtrans-

fers. Dadurch verbessert sich der Zugang älterer Menschen zur Gesundheitsversorgung und ihr allgemeines Wohlbefinden, denn sie haben einen besseren Zugang zu Lebensmitteln und sanitären Einrichtungen, ein höheres Selbstwertgefühl und mehr Würde, wie die Nichtregierungsorganisation HelpAge in einer Studie herausgefunden hat.

Aber nicht nur die Rentner selbst profitieren von einer Rente, sondern auch die mit ihnen im Haushalt lebenden Erwachsenen und Kinder. Zu den dokumentierten Vorteilen für Kinder gehören eine bessere Ernährung, eine höhere Schulbesuchsrate und weniger Kinderarbeit. Renten unterstützen auch die wirtschaftliche Entwicklung, denn sie tragen zur Steigerung des Haushaltseinkommens bei. Und schließlich stärken Renten auch die Rolle der Frauen: Sie können dazu beitragen, dass geschlechtsspezifische Ungleichheiten nicht ins Alter hineingetragen oder im Alter noch verstärkt werden.

QUELLEN

UN, 2019: *World Population Prospects: The 2019 Revision*.

<https://population.un.org/wpp/Publications/>
UN, 2019: *World Population Ageing*.

<https://www.un.org/en/development/desa/population/publications/pdf/ageing/WorldPopulationAgeing2019-Highlights.pdf>

ILO, 2018: *Social protection for older persons: Policy trends and statistics 2017–19*.

https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/-/-ed_protect/---soc_sec/documents/publication/wcms_645692.pdf

HelpAge, 2017: *Cash transfers and older people's access to healthcare: A multi-country study in Ethiopia, Mozambique, Tanzania and Zimbabwe*.

<http://www.helpage.es/silo/files/cash-transfers--.pdf>

HelpAge, 2019: *Impact Evaluation of the Zanzibar Universal Pension Scheme*.

<https://www.helpage.org/newsroom/press-room/press-releases/older-peoples-lives-transformed-in-zanzibar-through-pioneering-universal-social-pension-scheme/>



FLORIAN JÜRGENS

ist Global Advisor – Social Protection bei HelpAge International.

florian.jurgens@helpage.org

BEVÖLKERUNGSTRENDS

Noch mehr und immer älter

Die Weltbevölkerung wächst zwar langsamer als in der Vergangenheit, doch noch immer kommen jährlich rund 80 Millionen Menschen hinzu. Die demografische Entwicklung stellt alle Weltregionen vor Herausforderungen. Am größten sind sie in Subsahara-Afrika.

Von Alisa Kaps

Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit übertraf 2018 die Zahl der Menschen über 64 Jahren die der Kinder unter fünf Jahren. Laut UN-Prognosen wird sich die Zahl der Menschen im Rentenalter in den nächsten 30 Jahren noch einmal verdoppeln. Dann werden die älteren Jahrgänge zahlenmäßig auch die Altersgruppe der

15- bis 24-Jährigen übersteigen. Die Weltbevölkerung wird künftig also vor allem eines: immer älter.

Wer etwa aus Italien, Portugal oder Deutschland kommt, ist darüber kaum verwundert. Hier liegt das Medianalter, das die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen teilt, bei über 45 Jahren. Das sind Spitzenwerte in Europa, der ältesten Weltregion. Nur in Japan sind die Menschen mit einem Median von 48 Jahren noch älter.

Dass die Menschen immer älter werden, bringt vor allem dort Probleme mit sich, wo der Anteil der Älteren gegenüber den Menschen im Erwerbsalter zunimmt. Denn Letztere müssen die Mittel erwirtschaften, die für die Versorgung der Rentner nötig sind. Die Frage, wie Sozial- und Ren-

tensysteme auf die zunehmende Alterung ausgerichtet werden können, bestimmt in den Ländern des globalen Nordens viele politische und gesellschaftliche Debatten. Nachhaltige Lösungen dafür zu finden wird immer dringender, denn die schwierigen Jahre stehen den Staaten durch die alternenden Jahrgänge der „Babyboomer“ erst noch bevor.

Die Alterung der Gesellschaft betrifft aber nicht nur den globalen Norden, sondern zunehmend auch Schwellen- und Entwicklungsländer. Da in Lateinamerika, Nordafrika und dem Nahen Osten die Lebenserwartung in den vergangenen Jahrzehnten gestiegen ist, dürfte sich der Anteil der über 64-Jährigen an der Gesamtbevölkerung dort bis 2050 verdoppeln. Die Staaten stehen vor der Herausforderung, die Gesundheits- und Sozialsysteme auszubauen, um den Bedürfnissen der wachsenden Zahl älterer Menschen gerecht werden zu können.

Die zunehmende Alterung ist das Ergebnis eines Entwicklungspfades, der als



Japan hat die älteste Gesellschaft der Welt.

demografischer Übergang bezeichnet wird (siehe Kasten, S. 29). Am Ende dieses Prozesses schrumpft die Bevölkerung. Bis 2050 dürften insgesamt 55 Länder weltweit einen Rückgang ihrer Einwohnerzahlen von mindestens einem Prozent erleben, viele davon in Europa. Die größten absoluten Verluste sind allerdings in China zu erwarten: Laut UN-Schätzungen wird der Bevölkerungsriesen, der heute mit 1,4 Milliarden mehr Einwohner zählt als der gesamte afrikanische Kontinent, Mitte des Jahrhunderts etwa 37 Millionen Menschen weniger haben. Die Folgen der Ein-Kind-Politik werden das Land sehr bald vor neue demografische Herausforderungen stellen (siehe Beitrag von Felix Lee auf S. 26).

Insgesamt wird die Weltbevölkerung künftig langsamer wachsen als in der Vergangenheit. Seit Mitte der 1960er Jahre hat sich die Wachstumsrate bereits von zwei auf ein Prozent halbiert. Doch da heute deutlich mehr Menschen im reproduktiven Alter auf der Erde leben als vor knapp 60 Jahren, wächst die Bevölkerung aktuell noch jährlich um etwa 80 Millionen. Bis 2050 entspricht das einem Zuwachs von rund 2 Milliarden auf 9,7 Milliarden Erdenbürger. Der Zuwachs konzentriert sich vor allem auf Süd- und Zentralasien sowie auf Afrika. Allein auf Subsahara-Afrika wird in den

nächsten 30 Jahren über die Hälfte des globalen Bevölkerungswachstums entfallen.

DEN ÜBERGANG MEISTERN

Eine wachsende Bevölkerung stellt kein Problem dar, solange die steigende Zahl an Menschen gut versorgt werden kann. Allerdings liegt genau hier die Herausforderung für Subsahara-Afrika: In vielen Staaten der Region fehlt es schon heute an Nahrung, Sanitäreinrichtungen, Krankenhäusern oder Schulen. Zudem mangelt es nahezu überall an Arbeitsplätzen, die ein auskömmliches Leben ermöglichen und den Menschen eine Zukunftsperspektive bieten (siehe Beitrag von Samir Abi auf S. 19).

Der Hauptgrund für das rasche Wachstum der afrikanischen Bevölkerung liegt in den anhaltend hohen Kinderzahlen in der Region. Während die Sterberaten in allen Ländern des Kontinents bereits stark gesunken sind, fallen die Geburtenziffern deutlich langsamer als zuvor in anderen Weltregionen. So bringen Frauen in Afrika im Laufe ihres Lebens heute durchschnittlich 4,5 Kinder zur Welt und damit beinahe doppelt so viele wie in allen anderen Teilen der Welt.

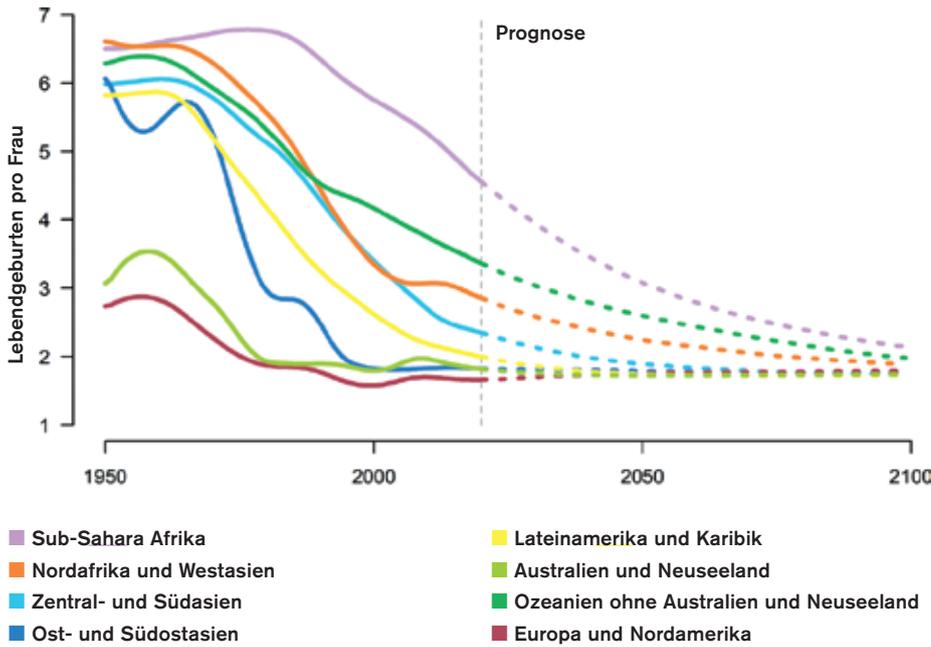
Der Blick auf die Durchschnittswerte verschleiert jedoch die große Spannweite,

die es in Sachen demografischer Entwicklung in Afrika gibt. Einige Länder, wie die hoch entwickelten Inselstaaten Mauritius und Seychellen oder die nordafrikanischen Staaten Marokko und Tunesien, sind für afrikanische Verhältnisse bereits weit im demografischen Übergang vorangeschritten. Die Geburtenziffern liegen dort bei unter 2,5 Kindern je Frau.

Andere Länder erleben zurzeit einen raschen Rückgang der Kinderzahlen, da sie an den wesentlichen Stellschrauben gedreht haben: So ist es beispielsweise in Ghana gelungen, durch Investitionen in der Landwirtschaft die Einkommen von Kleinbauern zu erhöhen, was sich positiv auf die Kindergesundheit ausgewirkt hat. Gepaart mit hohen Bildungsinvestitionen, hat dies dazu geführt, dass sich die Sicht auf die ideale Familiengröße verändert und Frauen im Schnitt nun 3,9 Kinder bekommen. Das gilt auch für Äthiopien, wo die Geburtenziffer von über sieben Kindern pro Frau in den 1990er Jahren auf etwas mehr als vier Kinder gesunken ist – vor allem dank Verbesserungen im Gesundheitssystem, einem leichteren Zugang zu Verhütungsmitteln und mehr Mitbestimmung und Bildung für Frauen.

Die Beispiele zeigen, dass es im Hinblick auf die demografische Entwicklung

Geburtenhäufigkeit pro Region



auf dem afrikanischen Kontinent einige positive Trends gibt. Andere Länder können von diesen Erfahrungen lernen und daraus Maßnahmen ableiten, um ihren eigenen demografischen Übergang zu beschleunigen. Sollten die Fertilitätsraten in Subsahara-Afrika künftig schneller sinken als bisher, dürfte langfristig nicht nur der Versorgungsdruck nachlassen. Mittelfristig würde das auch einen Wandel der Altersstruktur mit sich bringen, der einen ökonomischen

Vorteil für die afrikanischen Staaten darstellen kann: nämlich dann, wenn sich der Schwerpunkt der Bevölkerung von den jüngsten Jahrgängen hin zu jenen im Erwerbsalter verschiebt, die wenige Kinder und Ältere zu versorgen haben. Dann stehen der Wirtschaft überproportional viele Menschen zur Verfügung, die für einen demografiebedingten Entwicklungsschub sorgen können – vorausgesetzt die nötigen Arbeitsplätze sind vorhanden (siehe Info-

kasten zur demografischen Dividende auf S. 20).

Unter den richtigen Rahmenbedingungen könnte die demografische Entwicklung den afrikanischen Staaten in Zukunft also einen Vorteil gegenüber den alternden Gesellschaften des globalen Nordens einbringen, denen zunehmend die Erwerbsfähigen ausgehen. Dazu müssten die Regierungen Subsahara-Afrikas allerdings in jenen Bereichen für Verbesserungen sorgen, die nachweislich einen Einfluss auf die Kinderzahlen haben: im Gesundheits- und Bildungssektor und bei den Arbeitsplätzen.

Auf der anderen Seite müssen die Staaten des globalen Nordens Wege finden, mit Alterung und Schrumpfung umzugehen und dabei Wirtschaft und Wohlfahrtssysteme am Laufen zu halten. Ein Mittel, um beide Entwicklungen abzufedern, ist Migration. Dagegen gibt es allerdings in den entwickelten Staaten momentan große Vorbehalte. Der demografische Wandel könnte diese Staaten schon sehr bald dazu zwingen, sich einzugestehen, dass sie in Zukunft auf Zuwanderung angewiesen sind.



ALISA KAPS
ist Wissenschaftlerin am
Berlin-Institut für Bevölkerung
und Entwicklung und
beschäftigt sich

hauptsächlich mit den demografischen
Herausforderungen in Subsahara-Afrika.
kaps@berlin-institut.org

Demografischer Übergang

Das vereinfachte Modell des demografischen Übergangs beschreibt den Wandel von einer vorindustriellen Gesellschaft, in der Sterbe- und Geburtenraten auf einem hohen Niveau liegen, hin zu einer Gesellschaft, in der die Kinderzahlen niedrig sind und die Menschen aufgrund einer geringeren Sterblichkeit vergleichsweise alt werden.

Da die Sterberaten stets vor den Kinderzahlen sinken,

wächst die Bevölkerung vorübergehend rasch an. Erst zeitverzögert, bedingt durch mehr Wohlstand, bessere Bildung und die Möglichkeiten für eine individuellere Lebensplanung, sinken die Geburtenziffern. Das Bevölkerungswachstum verlangsamt sich, bis es langfristig ganz zum Erliegen kommt. Aufgrund geringer Kinderzahlen und einer hohen Lebenserwartung wird die Bevölkerung zunehmend älter.

Pioniere dieser demografischen Entwicklung sind die Länder des globalen Nordens. Sie sind in der letzten Phase dieses Transformationsprozesses angekommen, in der das Bevölkerungswachstum bereits abgeklungen ist. Die Geburtenrate liegt hier meist deutlich unter dem sogenannten Reproduktionsniveau von 2,1 Kindern je Frau, bei der eine Bevölkerung auch ohne Zuwanderung langfristig stabil bleibt.

Das gilt allerdings auch für Länder in anderen Regionen, etwa für Brasilien, Chile,

Malaysia oder Nepal. Bereits etwa die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Ländern, in denen Frauen im Laufe ihres Lebens im Schnitt weniger als 2,1 Kinder zur Welt bringen. Neben der weltweit zunehmenden Alterung zeigt dies in einigen Industriestaaten bereits andere Effekte: Die Bevölkerung beginnt zu schrumpfen.

LINK
DSW-Datenreport 2019:
<https://www.dsw.org/wp-content/uploads/2019/12/DSW-Datenreport-2019.pdf>

TEENAGER

Sexuelle Aufklärung ist nötig

In vielen Entwicklungsländern werden junge Menschen nicht systematisch über Sexualität und reproduktive Gesundheit aufgeklärt. Die Tabuisierung schafft Probleme, wie in Pakistan zu sehen ist.

Von Mahwish Gul

Sexuelle Aufklärung gilt in Pakistan als unmoralisch und anstößig. Häufige Kommentare lauten:

- „Unsere Kinder haben keinen vorehehlichen Sex, warum sollen wir sie aufklären?“
- „Unsere Generation ist ohne Aufklärung zurecht gekommen.“
- „So soll unsere Gesellschaft verwestlicht werden.“
- „Sex ist ganz natürlich.“
- „Dass Eltern oder Lehrer mit Kindern darüber reden, ist unnatürlich.“

Solchen Sprüchen liegt das Missverständnis zugrunde, Sexualkundeunterricht ermuntere zum Sex. Dabei geht es um Gesundheit, Hygiene, Familienplanung und menschliche Beziehungen.

Pakistan hat eine der jüngsten Bevölkerungen der Welt. Mehr als die Hälfte der Einwohner ist unter 30 Jahre alt. Der Arbeitsmarkt bietet ihnen wenig Chancen. Viele arbeiten im informellen Sektor. Nur wenige sind gut ausgebildet. Mangelnde Sexualaufklärung verstärkt Probleme. Junge Menschen wissen wenig über ihre Körperfunktionen und haben irrige Vorstellungen über Beziehungen. Leicht zugängliche Internetpornografie prägt ihre Vorstellungen – und enthält oft Gewaltszenen. Folglich ist sexuelle Aufklärung heute nötiger denn je.

Doch auch frühere Generationen hätten von solider Informationen profitiert. Junge Mädchen müssen wissen, dass Menstruation ein natürlicher Vorgang ist. Tabuisierung führt zu Scham, Angst und mangelnder Hygiene. Für viele Mädchen kommt die erste Regelblutung weiterhin als Schock und dann wird ein Leben lang über Menstruation geschwiegen.

In Pakistan heiraten Menschen früh. Das gilt für Frauen besonders: Eine von drei Bräuten ist im Teenageralter. Viele werden

schnell schwanger, und das bedeutet ein Gesundheitsrisiko für sie und das Kind. Frühverheiratete Mädchen schließen seltener die Schule ab und finden seltener Arbeit. Sie bleiben ökonomisch abhängig. Das Risiko häuslicher Gewalt ist für sie höher. Mangelnde sexuelle Aufklärung zurrut destruktive Geschlechterrollen fest und begrenzt die Chancen junger Frauen, ihre Persönlichkeit frei zu entfalten. Nur wenn eine Frau weiß, wie sie schwanger wird, was deshalb geschieht und nötig ist, kann sie sich und ihr Baby gesund erhalten.

Dass Pakistan seine Geburtenrate senken muss, ist klar. Seit den 1960er Jahren

propagiert die Regierung zu diesem Zweck Familienplanung. Es gibt Erfolg, aber nicht im ausreichenden Maß (siehe Kasten nächste Seite). Im Durchschnitt bekommt eine pakistanische Frau vier Kinder und viele junge Paare verhüten nicht.

UNGEWOLLTE SCHWANGERSCHAFTEN

Schätzungen zufolge ist jede zweite Schwangerschaft in Pakistan ungewollt. Abtreibungen sind zwar illegal, aber dennoch weit verbreitet. Sie sind sehr riskant, denn die Eingriffe werden meist von medizinisch ungeschulten Personen, aber nicht in klinischen Einrichtungen durchgeführt. Die Lage wäre sicherlich anders, wenn mehr Frauen über Verhütung Bescheid wüssten.

Aber nicht einmal über Krankheiten wird aufgeklärt. Die wenigsten kennen die Übertragungswege von Hepatitis B und C oder von HIV/Aids. Eine Kultur von Scham



Mädchen heiraten in Pakistan oft schon im Teenageralter.

und Ausgrenzung führt dazu, dass niemand die wahre Verbreitung dieser Krankheiten kennt.

Über sexuellen Missbrauch von Kindern wird in Pakistan zunehmend berichtet. Das heißt nicht notgedrungen, dass die Fallzahlen gestiegen sind. Unter Umständen wurde bisher nur darüber geschwiegen. Vertuschung sichert jedenfalls Peinigern Straffreiheit. Hingegen kann es Minderjährigen helfen, sich vor Übergriffen zu schützen, wenn sie über ihre Intimsphäre und ihre Rechte Bescheid wissen.

Die traurige Wahrheit ist, dass Minderjährige und ihre Belange im öffentlichen Leben Pakistans keine Rolle spielen. Es existiert nicht einmal eine staatliche Statis-

tik über ihr soziales und psychisches Wohlbefinden. Ihre seelische Gesundheit wurde noch nie repräsentativ untersucht. Das entspricht dem Umstand, dass ihnen jedwede Information über reproduktive Gesundheit und Sexualität vorenthalten wird.

Vereinzelte arbeiten zivilgesellschaftliche Organisationen daran, die Dinge zu verändern. Sie bezeichnen solche Angebote aber nicht als Sexualaufklärung, sondern sprechen von „Life-skills education“ oder „Family-life education“. So hoffen sie, jungen Leuten wichtige Informationen zu vermitteln. Den Initiatoren ist klar, dass mangelndes Wissen Probleme schafft – weshalb auch ältere Generationen von fachkundigem Rat profitiert hätten. Geschlechtsverkehr ist

nicht das Lernziel. Sexualkunde ist dazu da, die junge Generation auf ein verantwortliches, sicheres und erfülltes Erwachsenenleben vorzubereiten. Dieses Wissen steht vor allem jungen Mädchen zu – denn Nicht- und Falschinformation bezahlen sie allzu oft mit ihrem Körper und manchmal ihrem Leben (siehe Aditi Roy Ghatak in E+Z/D+C e-Paper 2019/05, Debatte).



MAHWISH GUL

ist eine Beraterin aus Pakistan, die sich auf Entwicklungsfragen spezialisiert hat. Sie ist

kürzlich nach Nairobi gezogen.

mahwish.gul@gmail.com

Schnelles Bevölkerungswachstum

Mit über 200 Millionen Menschen ist Pakistan eins der bevölkerungsreichsten Länder der Erde. Aufgrund der hohen Geburtenrate von durchschnittlich vier Kindern pro Frau wird erwartet, dass es bis 2050 Indonesien und Brasilien überholt. Dann würde Pakistan den vierten Rang in der weltweiten Statistik belegen. Dabei hat das Land lange versucht, sein Bevölkerungswachstum einzudämmen.

Familienplanung unterstützt Pakistan seit den 1960ern und war das erste südasiatische Land, das damit anging. Diese Politik zeitigte aber lange kaum Ergebnisse. Laut Kritikern lag das an wirkungslosen Konzepten, schlechtem Management und generell geringer Maßnahmenqualität.

Auch kulturelle und sozioökonomische Faktoren spielten eine Rolle:

- die starke Präferenz für Söhne, die später ihre alten Eltern versorgen,
- der Wunsch nach einer großen Familie und



- frühe Heirat. Relevant waren auch das geringe Bildungsniveau und die hohe Kindersterblichkeit. Wegen ihr wollten Eltern mehrere Kinder haben, damit wenigstens einige überleben würden. Bis in die 1980er Jahre gebar eine durchschnittliche pakistanische Frau noch sechs oder sieben Kinder. In den 1990ern gab es Fortschritte. Von 1990 bis 1997 zeigen die Statistiken einen konstanten Rückgang der Geburtenrate auf im Schnitt vier Kinder pro Frau.

Dem entsprach bei der Volkszählung von 1998 dann der Rückgang des Bevölke-

rungswachstums von drei Prozent in den 1980ern auf 2,6 Prozent. Wesentlich war dafür der stark gestiegene Gebrauch von Verhütungsmitteln. Nutzten sie in den 1980ern nur zehn Prozent der Frauen, so waren es 1997 bereits 24 Prozent. Der Trend war auch auf bessere sozioökonomische Bedingungen, mehr Bildung und Massenmedien zurückzuführen.

Regierungshandeln spielte ebenfalls eine positive Rolle. Sowohl Qualität als auch Quantität der Beratungsangebote nahmen zu. Unterschiedliche soziale Gruppen wurden angesprochen, auch in ländlichen Gebieten wurde für Verhütungsmittel geworben. Das nationale Fernsehprogramm warb für kleinere Familien und thematisierte sowohl reproduktive Gesundheit als auch Verhütung. Solche Serien waren beliebt.

Doch der demografische Wandel stockt seit der Jahrhundertwende. Die Geburtenrate sank zwar noch, aber nur noch langsam. Den offiziellen Pakistan Demographic Health Surveys zufolge sank die Zahl der Geburten pro Frau von durchschnittlich 4,1 im Jahr 2006 auf

3,6 zwischen 2017 und 2018. In diesem Tempo wird Pakistan noch mehr als vier Jahrzehnte brauchen, um das Reproduktionsniveau von 2,1 zu erreichen, das eine weitgehend stabile Bevölkerungsgröße bedeutet, wie sie beispielsweise Bangladesch längst erreicht hat (siehe Najma Rizvi in E+Z/D+C e-Paper 2018/07, Debatte).

Die gebremste Dynamik hat verschiedene Gründe. Immer noch werden in Pakistan Ehen in einem sehr jungen Alter geschlossen. Die Kultur ist konservativ und das Familiensystem patriarchal. Aus sozioökonomischen Gründen bevorzugen Familien Jungen, denn Töchter verlassen ihre Familie mit der Hochzeit und kümmern sich später um die Schwiegereltern, nicht um die eigenen Eltern.

Doch Pakistans vergleichsweise schnelles Bevölkerungswachstum hemmt seine Entwicklungschancen. Nachhaltige Resultate wird es nur geben, wenn Mädchen bessere Bildungschancen und Frauen mehr Erwerbsmöglichkeiten bekommen. Zudem muss ihre Gesundheitsversorgung verbessert werden. mg

ALTERNDE GESELLSCHAFT

Grau werdend

Indiens Bevölkerung wächst zwar weiterhin, aber ab Mitte des Jahrhunderts wird es mehr Menschen über 60 Jahre und Kinder unter 15 Jahren geben als solche im erwerbsfähigen Alter. Regierung und Zivilgesellschaft sollten jetzt über bessere soziale Angebote für die ältere Bevölkerung nachdenken.

Von S. S. Sripriya und S. Siva Raju

Indiens Bevölkerung wächst inzwischen nur noch um 1,1 Prozent pro Jahr. Da das Land 1,36 Milliarden Menschen hat, werden bis Ende dieses Jahrzehnts in absoluten Zahlen dennoch weitere 150 Millionen hinzukommen. Zugleich altert die Gesellschaft – und zwar schneller als in Industrieländern. Der Anteil der Über-60-Jährigen an der indischen Gesamtbevölkerung steigt von Jahr zu Jahr. Die Quote steigt dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA, 2017) zufolge von acht Prozent im Jahr 2015 auf 19 Prozent im Jahr 2050. Diese demografische Entwicklung wirft die Frage auf, wie Indien seine Alten ab Mitte des Jahrhunderts unterstützen wird – wenn es erstmals mehr Menschen im nicht erwerbsfähigen Alter gibt als solche im erwerbsfähigen Alter.

Die Gründe für die Vergreisung der Bevölkerung sind in Indien dieselben wie überall. Die Menschen leben dank besserer Gesundheitsversorgung, besserer Ernährung und besseren Hygienebewusstseins länger. Indiens Sterblichkeitsrate – die Anzahl der Todesfälle pro 1000 Einwohner in einem Jahr – sinkt seit Jahrzehnten stetig.

Zugleich bekommen Familien mit zunehmender Bildung und höherem Einkommen weniger Kinder. Seit Jahren sinken Fertilitätsrate (durchschnittliche Anzahl an Kindern pro Frau im Laufe eines Lebens) und Geburtenrate (auf die gesamte Bevölkerung in einem bestimmten Jahr bezogen) stetig. Zugleich hat die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren durch die Kontrolle von Infektions- und Parasitenkrankheiten, mehr Impfungen und generell verbessertem Gesundheitswesen enorm abgenommen. Daher überleben Kinder heute

eher als früher, was die Folgen der niedrigeren Geburtenrate abschwächt.

Im Gegensatz zur Anzahl an Kindern steigt die Anzahl alter Menschen schnell. Der Alterungsindex zeigt diesen Trend deutlich. Er gibt die Anzahl der Menschen über 60 Jahre pro 100 Kinder unter 15 Jahren an. 1961 lag das Verhältnis bei 13,7 älteren Menschen pro 100 Kinder. Bis 2011 hatte sich die Quote auf 28,4 mehr als verdoppelt.

Diese Trends haben Implikationen für Indiens Zukunft. In 30 Jahren, wenn die heutige allmählich schrumpfende Kohorte von Kindern im erwerbsfähigen Alter ist, werden viele Millionen der heutigen Arbeitnehmer im Ruhestand sein. Diese Kombination – mehr Rentner und weniger Arbeitskräfte, die diese ersetzen – könnte schwierig werden. Es ist nicht klar, wie Indiens Arbeitskräfte die weit überwiegende Anzahl an nicht arbeitenden Menschen ab Mitte des Jahrhunderts unterstützen werden.

Aktuell genießt Indien noch eine „demografische Dividende“, womit wir meinen, dass es weitaus mehr Menschen im erwerbsfähigen Alter gibt als andere. Demografische Daten zeigen aber, dass sich die positive Quote kontinuierlich verkleinert.

Statistiken belegen, dass 1971 Menschen im erwerbsfähigen Alter eine relativ große Kohorte von Babys und Kindern unter 15 Jahren versorgten sowie eine recht kleine ältere Bevölkerung. 40 Jahre später waren dann die Kinder des Babybooms erwachsen. Menschen zwischen 15 und 60 Jahren sind in der Überzahl – aus wirtschaftlicher Sicht ist das gut.

Doch wenn Demografen aktuelle Trends in die Zukunft projizierten, sieht es anders aus. 2031, in nur 11 Jahren, geht die große Kohorte im erwerbsfähigen Alter von 2011 in den Ruhestand. Bis 2031 wird die Basis der demografischen Pyramide – die Altersgruppen, in denen sich die meisten Menschen befinden – noch fest im Bereich des erwerbsfähigen Alters liegen, aber die gesamte Pyramide wird sich im Vergleich zu 2011 entlang der Altersachse nach oben verschoben haben. Es wird weit mehr Über-60-Jährige geben als 2011.

Die Demografen sehen für 2051 weitere Implikationen voraus. Dann wird die Altersgruppe der 50- bis 55-Jährigen – gerade noch im erwerbsfähigen Alter – die größte sein. Zudem wird es wesentlich mehr Über-55-Jährige geben als im Jahr 2031.

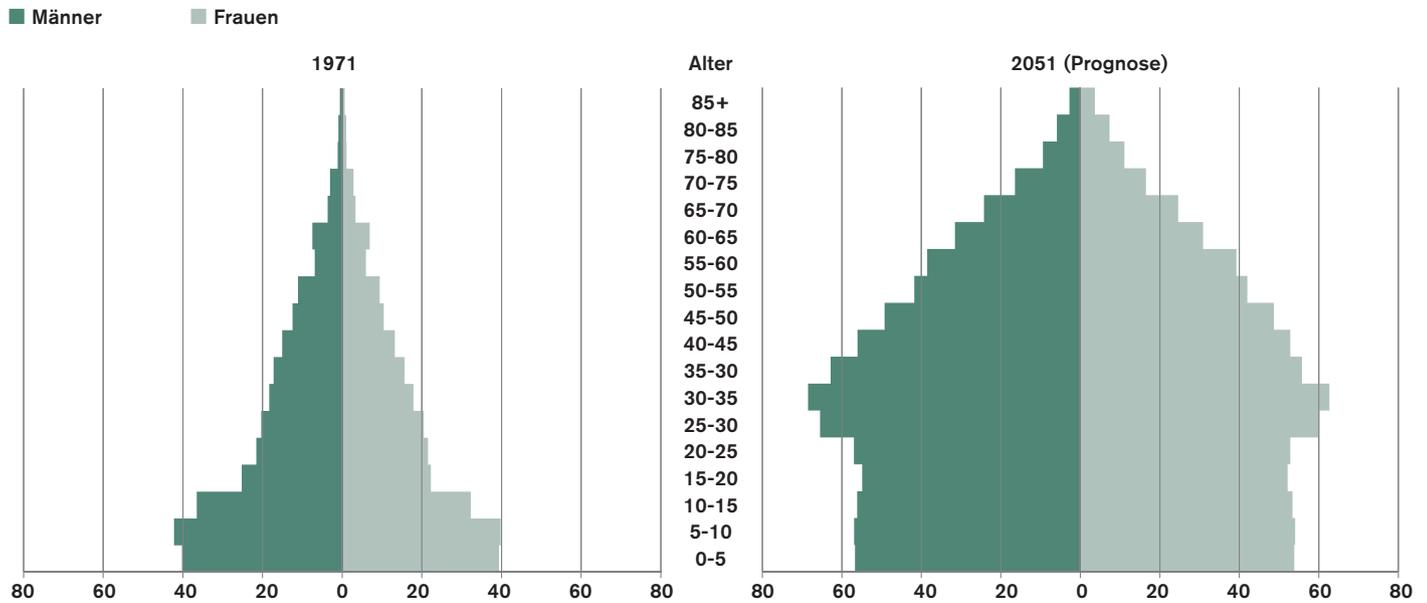
Zugleich wird es 2051 weniger Kinder unter 15 Jahren geben als noch 2031. Dies legt nahe, dass es ab 2051 nicht genügend Neueinsteiger geben wird, um die zu ersetzen, die in Rente gehen. Es wird mehr Menschen im nicht erwerbsfähigen Alter geben als solche im erwerbsfähigen Alter, was die



Indien hat derzeit relativ wenig sehr junge und sehr alte Menschen: alter Mann mit Kind in Rajasthan.

Bevölkerungspyramide 1971 und Prognose für 2051

Die Grafiken zeigen die Alters- und Geschlechterverteilung der indischen Bevölkerung im Zeitverlauf. Für jede Altersgruppe zeigen die horizontalen Balkendiagramme die Anzahl der Männer (links) und Frauen (rechts) (in Millionen).



Erwerbsbevölkerung erheblich belasten wird.

BEDARF AN NEUEN SOZIALEN DIENSTEN

Das alles wirft die Frage auf, wo finanzielle, soziale und psychologische Unterstützung für die alternde indische Bevölkerung herkommen soll. Familie ist in der indischen Kultur nach wie vor die wichtigste Stütze der Alten, doch das ändert sich in den Zeiten von Urbanisierung und Globalisierung.

Neben der finanziellen Abhängigkeit treffen die älteren Menschen auch Probleme wie Isolation, Krankheit und Behinderung hart. Individuelle Erfüllung wird wichtiger, weshalb sich für Ältere das Gefühl verstärken könnte, nicht wertgeschätzt zu werden.

Alle diese Themen sollten von Regierungen, nicht-staatlichen Initiativen und Wissenschaftlern angegangen werden, ehe sie akut werden. Alle Seiten müssen zusammenarbeiten. Indien wird einen komplexen Ansatz brauchen, der die unterschiedlichen Bedürfnisse verschiedener Untergruppen älterer Menschen berücksichtigt. Besonders ist auf älter werdende Arme, Frauen und Landbewohner zu achten.

Das Bemühen, die Lebensqualität der Alten zu verbessern, sollte auf demografischen Fakten beruhen. In den indischen

Bundesstaaten gibt es unterschiedlich viele alte Menschen. 2011 hatte der Bundesstaat Kerala proportional die meisten Über-60-Jährigen (12,3 Prozent) und Assam die wenigsten (6,5 Prozent).

Auch variiert das Ausmaß von Armut und Analphabetismus innerhalb der älteren Bevölkerung stark. Zudem gibt es in ländlichen Gebieten tendenziell mehr ältere Menschen als in Städten, wo es jüngere Arbeitnehmer hinzieht. Es gibt auch einen geschlechtsspezifischen Aspekt: Frauen leben durchschnittlich länger als Männer, somit werden wahrscheinlich viele der Über-60-Jährigen weiblich sein.

Diese Faktoren – Geografie, Urbanisierung, Geschlecht, Einkommen und Bildung – beeinflussen Grad und Art der Unterstützung, die ältere Menschen benötigen werden. Dies gilt auch für immaterielle Aspekte wie der Wandel von Normen und Werten, der Einfluss darauf hat, wie viel Hilfe ältere Menschen von ihren Familien erhalten und wie viel Regierung und Zivilgesellschaft zusätzlich unterstützen müssen.

Indien hat begonnen, die Bedürfnisse Älterer wahrzunehmen. Das integrierte Programm für ältere Menschen von 1992 (2008 überarbeitet), sieht Nahrung und Unterkunft, medizinische Versorgung und Unterhaltung vor. Die „nationale Strategie für ältere Menschen“ von 1999 zielt auf Nahrung

und Unterkunft, finanzielle Unterstützung, Gesundheitsversorgung und Schutz vor Missbrauch ab. Ein Gesetz zum Erhalt und Wohlergehen von Eltern und Senioren von 2007 (The Maintenance and Welfare of Parents and Senior Citizens Act) bietet verlassenen Senioren Altersheime, medizinische Einrichtungen und Eigentumsschutz.

Die zugrunde liegende Politik soll die Bedürfnisse älterer Menschen aus bestimmten Bevölkerungsgruppen erfüllen. Mit zunehmender Alterung werden solche Maßnahmen immer wichtiger.

QUELLE

UNFPA, 2017: India ageing report. <https://india.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/India%20Ageing%20Report%20-%202017%20%28Final%20Version%29.pdf>



S. S. SRIPRIYA
ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Tata Institute of Social Sciences in Mumbai.



S. SIVA RAJU
ist Professor am Campus desselben Instituts in Hyderabad.

<https://tiss.edu/view/9/employee/s-sivaraju/>

ALTERSVERSORGUNG

Von der eisernen Schüssel zum Kümmer-Gesetz

China wird alt, bevor es reich geworden ist. Schuld daran ist nicht zuletzt die Ein-Kind-Politik. Ihretwegen ist der demografische Absturz im bevölkerungsreichsten Land der Welt unabwendbar. Die Altersvorsorge kommt für Millionen Menschen zu spät.

Von Felix Lee

Mit 55 Jahren ab in die Rente – in China ist das für Frauen im öffentlichen Dienst möglich. Fabrikarbeiterinnen können sogar schon mit 50 in den Ruhestand gehen, Männer mit 60. Das zumindest ist die offizielle Regelung. Klingt nach traumhaften Verhältnissen – die Realität sieht jedoch alles andere als rosig aus.

Mehr als drei Viertel der über 60-Jährigen erhält nicht einmal ansatzweise genug, um davon leben zu können. Das betrifft vor allem Menschen auf dem Land. Aber auch die Arbeitnehmer in den Städten, die derzeit mit 50, 55 oder 60 Jahren Anspruch auf eine staatliche Rente haben, können sich derer schon bald nicht mehr sicher sein. Die Anhebung des Rentenalters auf einheitlich 65 Jahre steht unmittelbar bevor. Sie ist eine der Maßnahmen der Regierung, um eines gigantischen Problems Herr zu werden: China altert, bevor es reich geworden ist.

Vor allem die Geschwindigkeit der Überalterung stellt das Land vor immense Probleme. 2004 betrug der Anteil der Über-60-jährigen an der Bevölkerung neun Prozent. 2017 machten sie bereits 16 Prozent aus. Die Regierung schätzt, dass sich ihr Anteil bis 2050 auf fast 40 Prozent erhöhen wird.

Ein Grund ist die gestiegene Lebenserwartung. Sie liegt derzeit bei durchschnittlich 72 Jahren und dürfte aufgrund der besseren medizinischen Versorgung weiter ansteigen. Sehr viel schwerer wiegt aber die Familienpolitik: Mehr als 35 Jahre lang hatte die chinesische Führung die Ein-Kind-Politik betrieben. Selbst westliche Demografie-Experten haben sie lange Zeit gutgeheißen,

in den kommenden Jahren wird sie sich aber als Katastrophe herausstellen.

„Ein Kind – und Ihr werdet glücklich“ lautete die Parole, die in Kinderliedern besungen und in Fernsehspots beworben wurde. Damit versuchte die chinesische Führung seit 1979 das Bevölkerungswachstum zu kontrollieren. Es blieb allerdings nicht bei Parolen: Wer ein zweites Mal schwan-

struktur schien das eine kaum zu stemmende Herausforderung. Die Geburtenrate fiel abrupt von durchschnittlich acht Kindern in den Sechzigerjahren auf ein Kind pro Frau. Die kommunistische Führung brüstete sich damit, auf diese Weise 400 Millionen Menschen verhindert zu haben.

Die negativen Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft und Sozialsysteme kommen nun zum Tragen. Seit 2011 geht die Zahl der Einwohner im arbeitsfähigen Alter drastisch zurück, während gleichzeitig immer mehr Rentner versorgt werden müssen. Diese Entwicklung wird sich fortsetzen. Bereits 2030 wird die Volksrepublik mehr Rentner als Kinder und Jugendliche unter 15 Jahre haben. Mitte des Jahrhunderts wird dann jeder dritte Chinese älter als 60 Jahre sein. Schon heute kommen in der staat-



Die Ein-Kind-Familie war in China jahrzehntelang die Norm. Familie in Wuhan im Jahr 2006.

ger wurde, musste mit drakonischen Strafen rechnen. Millionen Frauen mussten abtreiben, junge Männer wurden zwangssterilisiert, trotz allem zur Welt gebrachte Zweitgeborene hatten keinen Anspruch auf Kindergarten- und Schulplätze.

So rabiat die kommunistische Führung vorging – ihre Sorge wirkte Ende der 1970er Jahre berechtigt: Von 1949 bis 1979 hatte sich die Bevölkerung auf knapp eine Milliarde Menschen fast verdoppelt. Für das Riesenreich mit seiner damals noch völlig unterentwickelten Wirtschaft und Infra-

strukturen Rentenversicherung nur noch drei Beitragszahler auf einen Rentenempfänger.

Dabei hat China überhaupt erst in den vergangenen zehn Jahren damit begonnen, eine gesetzliche Altersversorgung zu schaffen, von der Rentner auch wirklich leben können. Bis in die Siebzigerjahre unter dem kommunistischen Führer Mao Tse-tung war die Bevölkerung in zwei Gruppen unterteilt: Für die städtische Bevölkerung galt das Prinzip der „Eisernen Schüssel“. Sie hatte Anspruch auf einen Arbeitsplatz, Wohnung und Essensmarken. Mit einem Monatslohn

von unter 50 Euro war für sie vom Kindergarten bis zum Rentenalter planwirtschaftlich alles bis ins Detail geregelt. Die Städter machten aber gerade mal ein Zehntel der Bevölkerung aus. 90 Prozent der Chinesen lebten auf dem Land.

Diese wiederum bekamen Parzellen zugeteilt. Von den Bauern wurde erwartet, dass sie sich weitgehend selbst ernährten. Überschüsse konnten sie an die städtische Bevölkerung verkaufen. Die meisten aber lebten von Subsistenzlandwirtschaft. Die Altersversorgung war ausschließlich Angelegenheit der Familie. Für die Menschen auf dem Land galt daher: Je mehr Kinder sie hatten, desto besser fühlten sich die Eltern fürs Alter abgesichert.

An dieser Zerteilung änderte sich auch in den ersten Jahren der Wirtschaftsreformen zu Beginn der achtziger Jahre kaum etwas. Die Führung fand es zunächst wichtiger, hohes Wirtschaftswachstum zu generieren. Viele Chinesen zogen vom Land in die Städte und Küstenregionen und waren froh, in den neu entstandenen Industriezentren Geld zu verdienen und es zu einem bescheidenen Wohlstand zu bringen. Das wenige Geld, das sie im Monat vom Lohn zurücklegen konnten, schickten sie den Angehörigen aufs Land. An ein flächendeckendes Sozialversicherungssystem war nicht zu denken.

Doch mit der Einführung der Ein-Kind-Politik funktionierte für die Menschen vom Land die traditionelle Art der Altersvorsorge nicht mehr. Ein junges Ehepaar hatte nun vier Eltern und bis zu acht Großeltern zu versorgen. Hinzu kam, dass nach traditioneller Vorstellung Frauen nach einer Heirat die Eltern des Mannes bei der Altersversorgung zu unterstützen hatten und nicht die eigenen. War das einzige Kind weiblich, hatten die Eltern und Großeltern im Alter niemanden, der sich um sie kümmerte. Jungs zählten denn auch mehr als Mädchen, und viele Mädchen wurden abgetrieben. Das führte wiederum zu einem erheblichen Männerüberschuss.

Viele Jahre konzentrierte sich der Aufbau des Rentensystems auf die Menschen in den Städten. Ein umlagebasiertes Rentensystem gab es bis in die neunziger Jahre zunächst aber nur für Staatsbedienstete und Parteimitglieder sowie Arbeiter und Angestellte der Staatsbetriebe. Privatunternehmen sah die kommunistische Volksrepublik nicht vor.

Mit der wirtschaftlichen Liberalisierung in den Achtzigerjahren änderte sich das, als junge Männer und Frauen vom Land zu Millionen als sogenannte Wanderarbeiter in die Städte strömten, um in den Fabriken zu arbeiten oder einen Job im Dienstleistungsbereich zu bekommen. Für diese Menschen sah der Staat lange gar keine Vorsorge vor. Sie waren aus Sicht der Führung offiziell



In China gibt es immer mehr alte Menschen. Sie zu versorgen ist eine große Herausforderung. Älterer Mann in einem Dorf in der Provinz Yunnan.

weiter Bauern, die ihre Parzellen beackern konnten. Diese Wanderarbeiter machten aber rasch mehrere Hundertmillionen aus, ab den Neunzigerjahren gar mehr als die Hälfte der Bevölkerung.

Inzwischen hat ein Umdenken stattgefunden. Die Regierung hat ein Rentensystem für Angestellte in der Privatwirtschaft geschaffen. Demnach zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Anteilen Beiträge in einen Sozialfonds ein, der die Angestellten gegen Erwerbsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit absichert und ihnen eine Grundrente garantiert. Es handelt sich um ein zum Teil kapitalgedecktes System, der andere Teil kommt vom Staat. Das ist die Theorie.

In der Praxis bleibt vor allem die Lage der Wanderarbeiter prekär. Ihre Löhne sind in den letzten Jahren zwar kräftig gestiegen, eine ausreichende Altersversorgung bieten ihnen die meisten Unternehmen aber trotz staatlicher Vorgaben auch weiterhin nicht. Inzwischen kommt es daher regelmäßig zu Streiks in den Fabriken.

Prekär ist es weiterhin auch für die Menschen auf dem Land. Zwar hat die Regierung versprochen, ihre Verhältnissen der Menschen in den Städten anzupassen. Doch das sogenannte neue ländliche Rentensystem ist freiwillig. Wegen der geringen Verdienste der Bauern sei dieses System nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, urteilt der am Pekinger Institut für Technologie lehrende Ökonom Hu Xingdou. „Ihnen bleibt nichts anderes übrig, als so lange zu arbeiten, wie es geht, und im hohen Alter auf die Angehörigen zu setzen, wie es schon im Mittelalter in China der Fall war.“

Um das Problem zumindest ein Stück weit zu lindern, hat die Regierung vor fünf Jahren die Ein-Kind-Politik durch eine Zwei-Kind-Politik ersetzt und inzwischen die Geburtenkontrolle komplett aufgehoben. Doch dieses Umsteuern in der Familienpolitik kommt viel zu spät. „Der demografische Absturz wird nicht mehr zu stoppen sein“, sagt Ökonom Hu. Er finde längst statt.

Tatsächlich häufen sich in Chinas sozialen Medien Berichte über alte Menschen, die völlig verwahrlost in ihren Wohnungen oder auf der Straße aufgefunden wurden. Die Angehörigen hatten sich nicht ausreichend um sie gekümmert. Die Regierung hat daraufhin ein Gesetz zum „Schutz der Rechte und Interessen älterer Menschen“ verabschiedet. Es schreibt fest, dass alle Über-60-jährigen Anspruch auf regelmäßigen Kontakt mit Verwandten haben. Nicht nur können die Senioren ihren Lebensunterhalt von ihren Angehörigen vor Gericht einklagen. Diese sind auch verpflichtet, ihre Eltern und Großeltern regelmäßig zu besuchen. Wie oft, legt das Gesetz nicht genau fest. Staatszeitungen schreiben jedoch von „alle zwei Monate“.



FELIX LEE
arbeitet für die tageszeitung (taz) und war bis 2019 ihr Chinakorrespondent.
felix.lee@taz.de



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



www.facebook.com/development.and.cooperation

facebook



D+C Development
and Cooperation
@development.and.cooperation

Startseite

Beiträge

Fotos

Info

Community

Seite erstellen



Gefällt mir Teilen Änderungen vorschlagen Mehr dazu Nachricht

Beiträge

D+C D+C Development and Cooperation
22. Sep. ·

Jan-Werner Müller argues that a just social order must protect the vulnerable from powerful forces' cruelty, and that only a liberal democracy can do so systematically.



DANDC.EU
Liberal democracy is worth defending because it can prevent cruelty argues Princeton professor

Gefällt mir Kommentieren Teilen

Community

Alle anzeigen
222.304 Personen gefällt das
222.410 Personen haben das abonniert

Info

Alle anzeigen
Contact D+C, Development and Cooperation on Messenger
www.dandc.eu
Zeitschrift

Seitentransparenz

Weitere anzeigen
Facebook liefert Informationen, mit denen du die Intention von Seiten besser verstehst. Hier erfährst du mehr zu den Personen, die die Seiten verwalten und Beiträge dazu posten.

Seite erstellt - 8. Januar 2014

Personen

222.304 „Gefällt mir“-Angaben

Ähnliche Seiten

Deutschland.de
Nachrichten- und Medienseite

